

Bericht 2014

zum institutsbezogenen Sicherungssystem der Raiffeisen Bankengruppe auf Bundesebene (B-IPS)

Gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. E CRR

Inhalt

Lagebericht	3
Die Raiffeisen Bankengruppe Österreich	3
Allgemeine Informationen zum Bundes-IPS	5
Entwicklung der Märkte	8
Finanz- und Ergebnislage	11
Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess	15
Funding	19
Entwicklung des Bankensektors	20
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	22
Ausblick	23
Risikobericht	26
Aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung	40
Aggregierte Bilanz	41
Zusammensetzung des B-IPS	42
Glossar	54

Lagebericht

Die Raiffeisen Bankengruppe Österreich

Kooperation stärkt Marktposition

Die Raiffeisen Bankengruppe Österreich (RBG) ist die größte Bankengruppe des Landes und verfügt über das dichteste Bankstellennetz Österreichs. Sie verwaltet rund € 92,8 Milliarden Einlagen inländischer Kunden (exklusive Bauspareinlagen) und € 49,4 Milliarden an Spareinlagen. In der Finanzierung liegt der Schwerpunkt bei klein- und mittelständischen Handels-, Dienstleistungs-, Gewerbe- und Industrie-Unternehmen, im Tourismus und der Landwirtschaft. Österreichweit beschäftigt die RBG rund 29.000 Mitarbeiter.

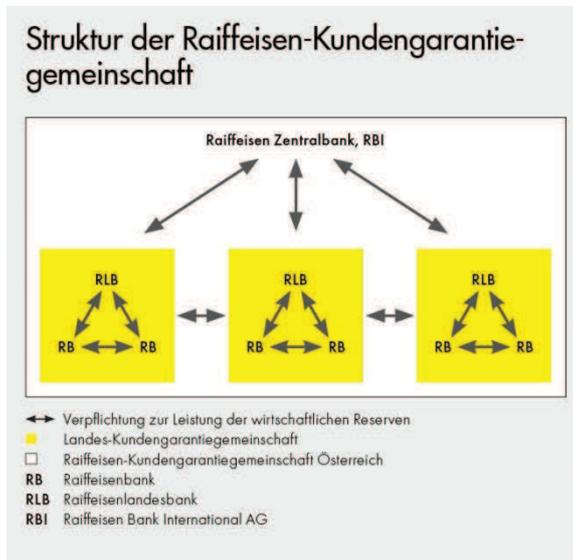
Die dreistufig aufgebaute RBG besteht aus autonomen und lokal tätigen Raiffeisenbanken (1. Stufe), den ebenfalls selbständigen acht Raiffeisen-Landeszentralen (2. Stufe) sowie der Raiffeisen Zentralbank (3. Stufe).

Die 473 selbständigen Raiffeisenbanken (2013: 490) mit ihren 1.587 Bankstellen (2013: 1.646) sowie die Landeszentralen und Spezialgesellschaften bilden ein flächendeckendes und weitläufiges Bankstellennetz. Mit ihren insgesamt 2.083 Geschäftsstellen in Österreich hatte die RBG einen Anteil von mehr als 41 Prozent an allen österreichischen Bankniederlassungen. Die lokal tätigen Raiffeisenbanken sind Universalbanken, die sämtliche Bankdienstleistungen anbieten und gleichzeitig Eigentümer ihrer jeweiligen Landeszentrale sind.



Die Raiffeisen-Landeszentralen (Raiffeisenlandesbanken bzw. Raiffeisenverband) übernehmen den Liquiditätsausgleich und bieten weitere zentrale Dienstleistungen für die Raiffeisenbanken ihres Wirkungsbereichs an. Darüber hinaus agieren die Raiffeisen-Landeszentralen als selbständige Universalbanken und sind Aktionäre der Raiffeisen Zentralbank. Rund 90 Prozent des Grundkapitals der Raiffeisen Zentralbank werden von den regional tätigen Raiffeisen-Landeszentralen gehalten.

Die Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich



Im Jahr 2000 war die RBG mit der Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich (RKÖ) Vorreiter bei der Einlagensicherung in Österreich. Die RKÖ hat rechtlich verbindlich gemacht, was innerhalb der RBG von Beginn an galt: die Raiffeisenbanken, die Raiffeisen-Landeszentralen und die Raiffeisen Zentralbank unterstützen einander so, dass kein Kunde und Gläubiger zu Schaden kommen soll. Die RKÖ garantiert in Ergänzung zur gesetzlichen österreichischen Einlagensicherung nach Maßgabe der wirtschaftlichen Reserven der teilnehmenden Banken die Einlagensicherheit für bis zu 100 Prozent der Kundeneinlagen. Sie umfasst – im Gegensatz zur gesetzlichen Einlagensicherung – sämtliche Einlagen der Sparer, egal ob es sich um Privatkunden handelt oder um Unternehmen. Darüber hinaus gilt sie auch für alle Fremdwährungseinlagen sowie die eigenen Wertpapieremissionen der Mitgliedsbanken.

Die Landes-Kundengarantiegemeinschaften haben sich auf Bundesebene mit der Raiffeisen Zentralbank und der RBI AG in der RKÖ zusammengeschlossen. Der RKÖ gehören heute rund 83 Prozent aller österreichischen Raiffeisen-

banken an und umfasst rund 94 Prozent der gesamten Einlagen der RBG. Derzeit sind Raiffeisenbanken und Raiffeisenlandesbanken aus sieben Bundesländern, die Raiffeisen Zentralbank und die RBI AG Mitglieder der RKÖ.

Im Bedarfsfall werden die wirtschaftlichen Reserven aller beigetretenen Banken in rechtlich verbindlicher Weise nach einem genau geregelten Verteilungs- und Belastungsschlüssel herangezogen, sodass Kundeneinlagen selbst im Falle eines – noch nie da gewesen – Konkurses einer teilnehmenden Bank auch über die gesetzliche Einlagensicherung hinaus werthaltig bleiben. Sollte die Tragfähigkeit einer Landes-Kundengarantiegemeinschaft die Einlösung sämtlicher geschützter Kundenforderungen gegen eine insolvente Bank nicht ermöglichen, stehen die Vereinsmitglieder der RKÖ gemäß der Satzung für die Erfüllung aller Kundeneinlagen und Eigenemissionen der insolventen Bank ein. Den Kunden werden dann werthaltige Forderungen gegenüber anderen Instituten der RBG angeboten.

Allgemeine Informationen zum Bundes-IPS

Im Zuge der regulatorischen Änderungen durch Basel III ergaben sich auch einige wesentliche Anpassungen betreffend der bis dato im BWG enthaltenen Regelungen für einen nach genossenschaftlichen Grundsätzen organisierten dezentralen Bankenverbund. Gemäß der EU-Verordnung müssen Kreditinstitute bei der Ermittlung ihrer Eigenmittel grundsätzlich deren Positionen in Eigenmittelinstrumenten anderer Kreditinstitute in Abzug bringen, sofern nicht eine Befreiung durch gebildete institutionelle Sicherungssysteme (IPS) besteht.

Deshalb wurde in der RBG ein IPS etabliert und dazu vertragliche oder satzungsmäßige Haftungsvereinbarungen geschlossen, die die teilnehmenden Institute absichern und insbesondere bei Bedarf ihre Liquidität und Solvenz sicherstellen. Basis für dieses Bundes-IPS ist die einheitliche und gemeinsame Risikobeobachtung gemäß Artikel 49 CRR (Capital Requirements Regulation). Basierend auf der Aufbauorganisation der RBG wurde der Aufbau des IPS in zwei Stufen konzipiert (Bundes- bzw. Landes-IPS) und dementsprechend Anträge bei der zuständigen Aufsichtsbehörde gestellt. Die Finanzmarktaufsicht hat die Anträge im Oktober und November 2014 genehmigt. Die Raiffeisen Zentralbank als Zentralinstitut der RBG ist dabei Mitglied des Bundes-IPS, an dem neben den Raiffeisenlandesbanken die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien, die ZVEZA Bank, die Raiffeisen Wohnbaubank sowie die Raiffeisen Bausparkasse teilnehmen.

Das Bundes-IPS ist ein eigenes aufsichtsrechtliches Subjekt. Als Folge sind auch auf Ebene des Bundes-IPS die Eigenmittelbestimmungen der CRR einzuhalten. Damit erfolgt für die Mitglieder des Bundes-IPS kein Abzug ihrer Beteiligung an der Raiffeisen Zentralbank. Darüber hinaus können die IPS-internen Forderungen mit einem Gewicht von Null Prozent angesetzt werden.

Basis für das Bundes-IPS ist die einheitliche und gemeinsame Risikobeobachtung im Rahmen des Früherkennungssystems der ÖRE. Das IPS ergänzt somit als weiterer Baustein die gegenseitige Unterstützung im Rahmen der RBG im Falle wirtschaftlicher Probleme eines Mitgliedsinstitutes.

In Erfüllung der Anforderungen gemäß Art. 113 Abs. 7 CRR enthält der Vertrag insbesondere folgende Regelungen:

Früherkennung

Um eine vollständige und zeitnahe Kenntnis der wirtschaftlichen Situation, insbesondere der Risikosituation der einzelnen Mitglieder des B-IPS, aber auch des B-IPS in seiner Gesamtheit zu haben, ist ein Früherkennungssystem einzurichten. Die Früherkennung ist ein wesentlicher Eckpfeiler des B-IPS.

Die Vertragsparteien verstehen unter dem Begriff „Früherkennung“ die Notwendigkeit, bei den Mitgliedern des B-IPS, aber auch beim B-IPS in seiner Gesamtheit den Fall ökonomischer Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen.

Für das B-IPS wird das bestehende Früherkennungssystem der ÖRE verwendet, welches im Risikobericht näher beschrieben ist.

Risikorat

Als Entscheidungsgremium des B-IPS wird der Risikorat eingerichtet. Der Risikorat setzt sich aus Vertretern der Mitgliedsinstitute zusammen und umfasst neun stimmberechtigte Mitglieder. Er entscheidet in allen Angelegenheiten, die den B-IPS-Vertrag und seine Umsetzung betreffen, sofern sie nicht der Versammlung der Vertragsparteien vorbehalten sind. Dies betrifft Änderungen dieses Vertrages sowie die Beendigung dieses Vertrages und die Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorsitzende des Risikorats vertritt das IPS nach außen in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten, insbesondere gegenüber den nationalen und europäischen Aufsichtsbehörden (einschließlich des Verfahrens zur Anerkennung des IPS). In dieser Funktion ist er auch berechtigt, Schriftstücke entgegenzunehmen und Anträge zu stellen sowie die ihm hiermit eingeräumte Vollmacht auf einen Substituten zu übertragen.

Sämtliche Beschlüsse des Risikorates sind für alle Mitglieder des B-IPS grundsätzlich verbindlich. Im Sinne einer effektiven Bestandssicherung sowie des gesetzlichen Erfordernisses der Unverzüglichkeit der Unterstützungsleistung sind Beschlüsse des Risikorates von den Mitgliedern demgemäß rasch umzusetzen.

Jedes Mitglied im B-IPS hat zuerst alle zumutbaren Möglichkeiten auf Institutsebene (Solo- und KI-Gruppe) und im regionalen Bereich auszuschöpfen (einschließlich einer Antragstellung an ein allfälliges L-IPS oder wenn ein solches im Bundesland nicht besteht, Antragstellung an den jeweiligen Solidaritätsverein), um eine Inanspruchnahme des B-IPS zu vermeiden (Anspannungsgrundsatz).

Einflussnahme

Die gesetzlich geforderte Einflussnahme ist charakterisiert wie folgt:

- sie erfolgt ausschließlich durch Beschluss des Risikorates;
- sie ist immer mit einer Maßnahme verbunden und
- sie ist zu messen an § 39 BWG sowie an den Grundsätzen der Subsidiarität, der Proportionalität und der sachlichen Angemessenheit.

Maßnahmen

Der Risikorat wird Maßnahmen insbesondere dann beschließen, wenn

- (i) eine ökonomische Fehlentwicklung im Sinne des § 2 Absatz 4 oben Vertrags vorliegt; oder
- (ii) ein Mitglied einen entsprechenden Antrag gestellt hat, wobei der Risikorat nicht an die beantragten Maßnahmen gebunden ist; oder
- (iii) ein Mitglied gegen diesen Vertrag verstoßen hat.

Die möglichen Maßnahmen sind vielfältig und reichen von der Auferlegung von Berichtspflichten bis zur Verfügungstellung von Eigenmitteln.

Monetäre Maßnahmen können an Auflagen und Bedingungen geknüpft werden. Über die Art und den Umfang von Auflagen und Bedingungen entscheidet der Risikorat. Auflagen und/oder Bedingungen können beispielsweise sein:

- besonderen Berichtspflichten
- Managementgesprächen
- Analyse auf Nachhaltigkeit des gegebenen Geschäftsmodells des betroffenen Mitgliedes
- Ausarbeitung von Struktur- und Sanierungskonzepten
- Unterstützung bei der Eintreibung von Problemkrediten
- Angebot zur Übernahme von Assets
- Zurverfügungstellung von Liquidität
- Bilanzierungshilfen
- Zurverfügungstellung von Eigenmitteln (im weitesten Sinn).

Beitragsleistung

Die Mitglieder sind zur Leistung jährlichen Zahlungen zum Aufbau eines Sondervermögens (Stufe 1) sowie Ad-hoc Zahlungen verpflichtet. Ad-hoc Zahlungen werden vom Risikorat dann vorgeschrieben, wenn das Sondervermögen nicht zur Erfüllung des Vertragszwecks ausreicht (Stufe 2). Die Obergrenze für Ad-hoc Zahlungen im Rahmen von Stufe 2 liegt pro Geschäftsjahr bei 50 % des Durchschnitts der Betriebsergebnisse der drei letztvorangegangenen Geschäftsjahre.

Sofern auch die Zahlungen aus Stufe 2 nicht zur Erfüllung des Vertragszwecks ausreichen, kann der Risikorat den Mitgliedern einstimmig zusätzliche Ad-hoc-Zahlungen bis zu einer Höhe von maximal 25 % jener Eigenmittel vorschreiben, die die „Eigenmittelgrenze“ überschreiten. Die „Eigenmittelgrenze“ besteht aus den aufsichtsrechtlich zum Konzessionserhalt vorgeschriebenen Mindesteigenmitteln (CET1-Quote, T1-Quote und EM-Gesamtquote) jeweils zuzüglich eines Puffers von 10%.

Vertragslaufzeit

Der Vertrag ist auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Jedes Mitglied ist berechtigt, diesen Vertrag unter Einhaltung einer mindestens zweijährigen Kündigungsfrist zum Ende eines jeden Kalenderquartals zu kündigen.

Die FMA hat im Bescheid vom 31.10.2014 für das B-IPS einige Auflagen festgeschrieben. Diese umfassen mit entsprechenden Übergangsfristen den Nachweis entsprechender Kapitalquoten, die Dotierung eines ex ante Sondervermögens, die Sicherstellung eines einheitlichen Rechnungslegungsstandards für Zwecke der Eigenmittelrechnung, Vorgaben im Zusammenhang mit der Liquiditätsmessung sowie diverse Berichtspflichten. Den Auflagen wurde fristgerecht nachgekommen.

Der vorliegende Bericht gem. Art. 113 Abs. 7 lit. e wird für das B-IPS erstellt. Der Bericht umfasst den Lagebericht, den Risikobericht sowie eine aggregierte Bilanz und aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2014. Darin einbezogen sind die CRR Gruppen der Mitglieder des B-IPS. Siehe dazu Kapitel Konsolidierungskreis.

Entwicklung der Märkte

Konjunkturschwäche in Europa, Erholung in den USA

In der Eurozone entwickelte sich die Wirtschaft 2014 schwächer als erwartet, und auch der Ausblick für 2015 ist verhalten. Im Jahresvergleich wurde 2014 – nach minus 0,4 Prozent im Vorjahr – ein bescheidenes BIP-Wachstum von 0,9 Prozent verzeichnet. Dieses war einerseits getrieben von soliden Wachstumszahlen in Deutschland und einer Erholung in zuvor schwächer wachsenden Ländern (Spanien, Irland und Portugal), andererseits enttäuschte das Wirtschaftswachstum in großen Ländern wie Italien und Frankreich. Die schwache wirtschaftliche Entwicklung trug zu einem deutlichen Rückgang der Inflation bei. Da fallende Rohstoffpreise diese Entwicklung noch verschärft haben, betrug der Preisaufruf im Jahr 2014 im Schnitt lediglich 0,4 Prozent nach 1,4 Prozent im Vorjahr. Zumindest für Anfang 2015 ist mit einem Rückgang des Preisniveaus der Konsumgüter zu rechnen. Die EZB ergriff 2014 sowie Anfang 2015 weitere expansive und unkonventionelle Maßnahmen, um die Konjunktur zu stützen und Deflationsrisiken vorzubeugen. 2015 sollte der schwächere Außenwert des Euro unterstützend für einen Konjunkturaufschwung wirken. Die größten Risikofaktoren für die Konjunktur und die Finanzmärkte in Europa bleiben weiter die angespannte geopolitische Lage sowie deflationäre Tendenzen und Reformversäumnisse in einigen Ländern der Eurozone.

Insgesamt zeichnet sich derzeit eine starke Entkopplung der Konjunkturzyklen in Europa und den USA ab. Die US-Wirtschaft entwickelte sich im abgelaufenen Jahr ähnlich wie in den beiden Vorjahren und wuchs um 2,4 Prozent. Getragen wurde die Zunahme von privatem Konsum und Unternehmensinvestitionen. Die privaten Konsumausgaben profitierten von der guten Lage am Arbeitsmarkt, moderat steigenden Löhnen sowie den in der zweiten Jahreshälfte deutlich gesunkenen Energiepreisen. Anders als noch in den drei Jahren zuvor dämpft die Konsolidierung der Staatsausgaben die Wirtschaftsaktivität in den USA kaum noch. Auch wenn die Zunahme der Wirtschaftsleistung hinter der Dynamik früherer Aufschwungphasen zurückblieb, setzte sich die kräftige Erholung auf dem Arbeitsmarkt fort. Die Arbeitslosenquote sank im Jahresverlauf von 6,7 Prozent auf 5,6 Prozent und lag damit nur noch knapp über dem Vollbeschäftigungsniveau.

CEE von divergenten Entwicklungen geprägt

Die 2012 und 2013 prägende konjunkturelle Erholung in CEE schwächte sich 2014 ab. Im vergangenen Jahr verzeichnete die Gesamtregion CEE ein Wirtschaftswachstum von 1,0 Prozent und schnitt damit nur unwesentlich besser ab als die Eurozone. Diese Entwicklung war vorrangig getrieben von der Situation in Russland und der Ukraine. Hier mündeten geopolitische Risiken gekoppelt mit strukturellen Schwächen in eine Stagnation (Russland) bzw. in eine tiefe Anpassungsrezession (Ukraine). Um notwendige strukturelle und institutionelle Umstrukturierungen in der Ukraine zu erleichtern und Finanzmarktrisiken abzusichern, erhielt die Ukraine 2014 umfangreiche Finanzhilfen vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und von der EU, die 2015 aufgestockt wurden.

Im Gegensatz zum von Russland überlagerten Trend in der Gesamtregion entwickelten sich die Volkswirtschaften in CE und SEE 2014 solide. In CE wurde ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 2,9 Prozent verzeichnet, in SEE von 1,4 Prozent. Neben den Exporten erholte sich vor allem in den CE-Ländern die Binnennachfrage deutlich. Die solide wirtschaftliche Entwicklung in CE ist breit angelegt, zudem wiesen alle CE-Länder 2014 deutlich positive BIP-Wachstumsraten auf. Die Tschechische Republik, Ungarn sowie Slowenien kehrten damit den Trend der Stagnation bzw. Rezession der Vorjahre um. In CE stachen bei der wirtschaftlichen Entwicklung 2014 vor allem Polen und Ungarn hervor. In diesen Ländern wurde ein BIP-Wachstum von mehr als 3 Prozent erzielt. In der Slowakei und Slowenien legte die Wirtschaftsleistung im gleichen Zeitraum um rund 2,5 Prozent zu, in der Tschechischen Republik um 2,0 Prozent. Für 2015 wird in CE weiterhin ein solides BIP-Wachstum von 3,0 Prozent erwartet. Haupttreiber hierfür sind eine weiterhin solide Entwicklung in Deutschland sowie eine zunehmende Stärkung der heimischen Nachfrage und Investitionen.

In einigen SEE-Ländern zeigen die Umstrukturierungsbemühungen der letzten Jahre erste Resultate. Das BIP-Wachstum wurde in SEE 2013 und 2014 allerdings vor allem von Rumänien getrieben, während andere Volkswirtschaften noch in der Stagnation bzw. Rezession verharrten. Angesichts der Naturkatastrophen, von denen einige Länder in SEE schwer getroffen waren, schwächte sich das dortige Wirtschaftswachstum 2014 auf 1,4 Prozent ab, nach 2,1 Prozent im Jahr 2013. Zudem dämpft die schwächer als erwartet ausgefallene Erholung der Eurozone, vor allem auch in den für SEE wichtigeren Ländern Italien und Frankreich, das Wachstum in SEE. Das stärkste Wachstum – mit 2,9 Prozent – konnte in Rumänien verzeichnet werden, das von erfolgreichen Strukturformen profitiert, aber noch unter einer schwachen Binnennachfrage leidet. Albanien folgt mit 2,0 Prozent. In Bulgarien wurde trotz einer kurzfristigen Bankenpanik im Sommer 2014 ein Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent erreicht. Kroatien, das unter tiefgreifenden Strukturproblemen leidet, blieb auch 2014 in einer Rezession verhaftet und verbuchte damit das sechste Jahr in Folge ohne Wachstum. Während Bosnien und Herzegowina knapp mit einer stagnierenden Wirtschaft davon kam, musste Serbien 2014 wieder einen Einbruch hinnehmen. Serbien hat besonders mit den Konsequenzen der Flutkatastrophe sowie einer verzögerten Reformpolitik zu kämpfen und musste 2014 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung von 1,8 Prozent hinnehmen. Um die gesamtwirtschaftliche und budgetäre Situation zu stabilisieren, schloss Serbien im vierten Quartal vorsorglich ein Abkommen mit dem IWF ab. Das Abkommen zielt auf Budgetkonsolidierung und Privatisierungen ab. Das Beispiel Rumänien hat gezeigt, dass eine Kooperation mit dem IWF nachhaltige Strukturformen bringen kann. Insofern ist

dieser Schritt positiv zu bewerten. Für 2015 wird in der Region SEE mit einem BIP-Zuwachs um 1,9 Prozent eine moderate Erhöhung der Wachstumsdynamik erwartet, Rumänien sollte erneut der Vorreiter in der Region sein.

Die sich 2014 bereits abzeichnende Eintrübung der Wirtschaftsdynamik in Russland, der Ukraine und Belarus dürfte sich 2015 fortsetzen. Russland wird nach einer Stagnation 2014 im Jahr 2015 voraussichtlich mit einem BIP-Rückgang um 4 Prozent eine Rezession erleben. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich in Belarus ab, wo zumindest ein leichter Rückgang des BIP erwartet wird. Ohne eine weitere Verschärfung der geopolitischen Situation könnte die Wirtschaft in Russland 2016 wieder in den moderaten Wachstumsbereich zurückkehren. In der Ukraine wird sich die 2014 begonnene Anpassungsrezession 2015 fortsetzen, es wird daher ein BIP-Rückgang von mindestens 5,5 Prozent erwartet. Falls umfassende Reformen nicht gelingen, könnte sich die wirtschaftliche und finanzielle Neuausrichtung in der Ukraine deutlich diffiziler gestalten. Das Land dürfte 2015 und 2016 weiter auf substantielle finanzielle Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen sein.

Entwicklung des realen BIP – Veränderung zum Vorjahr in Prozent

Region/Land	2013	2014e	2015f	2016f
Polen	1,7	3,3	3,5	3,4
Slowakei	1,4	2,4	2,5	3,0
Slowenien	- 1,0	2,6	2,0	2,0
Tschechische Republik	- 0,7	2,0	2,4	3,0
Ungarn	1,5	3,5	2,5	2,5
CE	1,0	2,9	3,0	3,1
Albanien	0,4	2,0	3,0	4,0
Bosnien und Herzegowina	2,5	0,5	2,5	3,0
Bulgarien	0,9	1,1	1,2	2,1
Kroatien	- 0,9	- 0,4	0,0	1,0
Kosovo	3,4	0,5	2,0	3,0
Rumänien	3,4	2,9	3,0	3,0
Serbien	2,5	- 1,8	0,0	2,5
SEE	2,1	1,4	1,9	2,6
Russland	1,3	0,6	- 4,0	0,5
Belarus	0,9	1,6	- 2,0	1,0
Ukraine	0,0	- 6,9	- 5,5	0,5
CEE Sonstige	0,3	- 4,5	- 3,9	0,6
Österreich	0,2	0,3	0,7	1,8
Deutschland	0,2	1,6	1,6	2,2
Eurozone	- 0,4	0,9	1,2	1,9

Konjunktur in Österreich bleibt hinter Erwartungen zurück

Die heimische Wirtschaft verlor im Verlauf des Jahres 2014 erheblich an Schwung und schwenkte auf einen Stagnationspfad ein. Nach der positiven Entwicklung gegen Ende 2013 verlangsamte sich im Jahresverlauf das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) immer mehr. Insbesondere die Exporte und die Investitionstätigkeit entwickelten sich schwach. Während dies ein eurozonenweites Phänomen war, ist das überraschend niedrige Wachstum des privaten Konsums ein zum Großteil hausgemachtes Problem: Österreich hat aufgrund der stark steigenden Steuern und Gebühren (z.B. die Anhebung der motorbezogenen Versicherungssteuer) 2014 die höchste Inflationsrate der Eurozone. Dies in Kombination mit der kalten Progression, die die (niedrigen) Lohnzuwächse wieder relativiert, lässt die Reallöhne sinken und schwächt damit die Kaufkraft. Tatsächlich gehen die Netto-pro-Kopf-Einkommen der Österreicher nun schon seit vier Jahren zurück, die Sparquote ist von 12,1% vor dem Beginn der Finanzkrise auf 7,4% zum Ende des 3. Quartals 2014 gesunken.

Österreich wird im Unterschied zu den Vorjahren das Eurozonen-Wachstum nicht mehr übertreffen können. Der BIP-Zuwachs von 0,3% im Jahr 2014 bedeutet im Vergleich zu einem Eurozonen-Wert von 0,9%, dass der „Österreich-Bonus“ vorerst verloren ist. Trotz der geringfügigen Wachstumsbeschleunigung ist die Inflationsrate im euro-päischen Vergleich hoch. Sie hat sich zwar von 1,5% zu Jahresbeginn wegen der niedrigen Energierohstoffpreise auf 0,8% im Dezember reduziert, die Erwartung, dass sich die Produktionslücke bis Ende 2016 noch nicht geschlossen haben wird, hält sie trotzdem auf hohem Niveau. Es ergibt sich daraus eine Teuerungsrates von 1,5% im Jahr 2014.

Globale Währungen

Im ersten Halbjahr 2014 bewegte sich der Wechselkurs des Euro zum US-Dollar in einer geringen Bandbreite zwischen EUR/USD 1,35 und EUR/USD 1,39. In der zweiten Jahreshälfte setzte eine Talfahrt des Euro ein, die die Gemeinschaftswährung bis zum Jahresende auf EUR/USD 1,21 drückte. Zu Jahresbeginn beschleunigte sich der Abwärtstrend des Euro nochmals. Anfang März 2015 notiert er zum Dollar bei 1,12. Treiber der Wechselkursentwicklung war im Wesentlichen die Geldpolitik der EZB sowie der US-Notenbank. Seit Mitte 2014 zeichnete sich ab, dass die US-Notenbank mit der Normalisierung ihrer Geldpolitik beginnen würde. Ein erster Schritt wurde mit der Einstellung der Anleihekäufe im November 2014 getan. Gleichzeitig verdichteten sich die Anzeichen, dass die EZB ein solches Anleihekäufeprogramm in absehbarer Zeit verabschieden würde.

Der Schweizer Franken pendelte zum Euro im Gesamtjahr 2014 zwischen knapp 1,20 und 1,24, wobei der Durchschnittskurs bei 1,22 lag. War der Franken zu Jahresbeginn 2014 eher auf der schwächeren Seite, wurde dieser infolge der geopolitischen Unsicherheiten ab dem Frühjahr einmal mehr zur Fluchtwährung und wertete seitdem beständig auf. Daneben trugen die expansive Geldpolitik der EZB und die schrumpfenden Zinsdifferenzen zwischen der Eurozone und der Schweiz zur Aufwertung des Franken bei. Gegen Ende des Jahres nahm der Aufwertungsdruck des Franken gegenüber dem EUR derart zu, dass die SNB (Schweizerische Nationalbank) negative Leitzinsen einführte. Am 15. Jänner 2015 hob die SNB dann überraschend den Mindestkurs für EUR/CHF von 1,20 auf, beteuerte aber, bei der Gestaltung der Geldpolitik auch künftig der Wechselkursituation Rechnung tragen zu wollen und deshalb bei Bedarf am Devisenmarkt aktiv zu bleiben.

CEE-Währungen

Die CEE-Währungen zeigten sich im Jahresverlauf 2014 gegenüber dem Euro tendenziell schwächer. Während die übrigen Währungen in der CE- und SEE-Region um etwa 0,5 Prozent bis 3 Prozent nachgaben, schwächten sich vor allem der ungarische Forint (minus 6 Prozent) und der serbische Dinar (minus 5,3 Prozent) gegenüber dem Euro deutlich ab. Die stärksten Abwertungen gab es jedoch in Russland und CEE Sonstige. Hier führten die Krise in der Ostukraine, der fallende Ölpreis sowie die Sanktionen gegen Russland zu heftigen Abwertungen. So gab der russische Rubel im zweiten Halbjahr 2014 fast 36 Prozent zum Euro nach (38 Prozent auf Jahressicht) und die ukrainische Hryvna im Jahresverlauf 2014 um 41 Prozent. Der Belarus Rubel zeigte sich 2014 zum Euro mit nur 1,4 Prozent Abwertung stabil, verlor 2015 bis Ende Februar allerdings zum Euro dann fast 20 Prozent. In den ersten zwei Monaten 2015 erholte sich der russische Rubel gegenüber dem Euro wieder etwas und wertete um fast 4 Prozent auf, während die ukrainische Hryvna zum Euro weiter um etwa 37 Prozent nachgab.

Finanz- und Ergebnislage

Ereignisse des Geschäftsjahres

Kapitalerhöhung der RBI und Rückzahlung des Partizipationskapitals

Im Jänner 2014 gab die RBI bekannt, ihre Kapitalbasis durch Ausgabe neuer Aktien zu stärken. Insgesamt hat die RBI 97.473.914 neue Aktien mit einem Kurs von EUR 28,50 je Aktie platziert. Insgesamt wurden dabei 90.074.789 Aktien institutionellen Investoren und 7.399.125 Aktien der RZB zugeteilt, was einem Netto-Kapitalzuwachs von EUR 2.725 Millionen entsprach. Im Juni wurde seitens RBI das von der Republik Österreich gezeichnete Partizipationskapital in Höhe von EUR 1.750 Millionen zurückbezahlt, im September erfolgte die Tilgung des von privaten Investoren gezeichneten Partizipationskapitals in Höhe von EUR 750 Millionen.

Die EZB unterzog sämtliche seit November 2014 direkt von ihr beaufsichtigten Banken dem sogenannten Comprehensive Assessment, das sich vor allem aus einer umfangreichen Bilanzprüfung (Asset Quality Review, AQR) und einem Stresstest zusammensetzte. Sowohl im Basisszenario des Stresstests (Baseline Scenario) als auch im sehr ungünstigen Szenario (Adverse Scenario) übertrafen die RZB, die RLB Niederösterreich/Wien und die RLB OÖ die geforderten Kapitalquoten deutlich.

RZB, RLB NÖ/W und RLB OÖ bestanden Stresstest und AQR klar.

Überblick

Für das B-IPS wird für die Berichterstattung gemäß Art 113 Abs 7 lit e) CRR erstmals für das Geschäftsjahr 2014 eine aggregierte Bilanz und eine aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung gemäß Art 49 Abs 3 lit a) iv) CRR erstellt. Aufgrund der erstmaligen Erstellung sind keine Vorjahreszahlen als Vergleichsbasis verfügbar.

Das erste Berichtsjahr endete für das B-IPS mit einem Jahresfehlbetrag nach Steuern von € 321 Millionen. Ausschlaggebend dafür war in erster Linie das negative Ergebnis der Raiffeisen Zentralbank KI-Gruppe, während die Raiffeisen Landesbanken nach Berücksichtigung der Konsolidierungseffekte einen positiven Beitrag von rund € 110 Millionen beisteuern konnten. In der RZB KI-Gruppe kam es vor allem durch Sondereffekte zu diesem negativen Ergebnis. In Ungarn verursachte eine Gesetzesänderung einen Einmaleffekt, der die RZB mit € 251 Millionen belastete. Gleichzeitig waren in der Ukraine € 533 Millionen an Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen erforderlich und zudem wurden Firmenwerte von insgesamt € 306 Millionen wertberichtigt.

Das Zinsergebnis belief sich im abgelaufenen Jahr auf € 5.140 Millionen. Davon steuerte die RZB KI-Gruppe € 4.024 Millionen bei. Die Risikovorsorgen für das Kreditgeschäft verringerten den Zinsüberschuss um € 2.103 Millionen auf € 3.037 Millionen. Der Provisionsüberschuss lag bei € 1.967 Millionen, wobei die RZB KI-Gruppe mit € 1.647 Millionen einen wesentlichen Anteil ausmachte. Das Handelsergebnis war mit € 14 Millionen leicht negativ, ebenso wie das Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten (minus € 47 Millionen). Hingegen konnte das Ergebnis aus Finanzinvestitionen einen positiven Beitrag von € 86 Millionen beisteuern. Die Verwaltungsaufwendungen betragen im B-IPS € 4.378 Millionen, wovon € 3.294 Millionen auf die RZB KI-Gruppe entfallen. Das sonstige betriebliche Ergebnis belief sich auf minus € 471 Millionen. Daraus ergab sich ein Jahresüberschuss vor Steuern von € 181 Millionen. Durch die Steuerbelastung im B-IPS von € 501 Millionen kam es zu einem Jahresfehlbetrag von € 321 Millionen. Der Anteil anderer Gesellschafter am Ergebnis konnte den Jahresfehlbetrag noch auf minus € 171 Millionen reduzieren. Die erweiterte aggregierte Bilanzsumme lag per Jahresende bei € 225.254 Millionen. Der Hauptposten auf der Aktivseite sind die Kundenforderungen von € 135.406 Millionen und auf der Passivseite die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden von € 103.556 Millionen. Das Eigenkapital machte € 8.905 Millionen aus, inklusive des Kapitals der nicht beherrschenden Anteile € 13.380 Millionen.

Das B-IPS per se schüttet keine Dividenden aus. Dividenden innerhalb des B-IPS wurden im Zuge der Bilanzierung konsolidiert.

Kapitalmanagement und Eigenmittel nach CRR/CRD IV bzw. BWG

Kapitalmanagement

Die Einhaltung der Kapitalvorgaben der einzelnen B-IPS Mitgliedern obliegt den Mitgliedern selbst. Das Hauptaugenmerk bei der Steuerung liegt auf den regulatorischen (Mindest-)Kapitalquoten sowie dem ökonomischen Kapital im Rahmen des ICAAP. Darüber hinaus spielt die optimale Zusammensetzung verschiedener Eigenmittelinstrumente (z.B. zusätzliches Kern- und Ergänzungskapital) eine wichtige Rolle und wird laufend analysiert und optimiert.

Daneben wird im Rahmen der regulatorischen Grenzen die Risikotragfähigkeit ermittelt. Sie entspricht dem maximalen Schaden, den die Bank oder die Bankengruppe innerhalb der nächsten 12 Monate treffen kann, ohne dass die regulatorischen Mindestkapitalquoten unterschritten werden.

Die Ermittlung der Zielquoten im Verhältnis zu den gesetzlichen Mindestanforderungen erfordert zusätzliche interne Kontrollrechnungen. Dazu wird der Value at Risk mit der oben definierten Risikotragfähigkeit in Bezug gesetzt. Weiters erfolgt ein Abgleich des ökonomischen Kapitals mit der Deckungsmasse. Nähere Angaben zu dieser Berechnung finden sich im Risikobericht.

Aktuelle regulatorische Entwicklungen

Dem B-IPS werden für das Jahr 2014 die Einhaltung einer harten Kernkapitalquote von 4%, Kernkapitalquote von 5,5% und einer Gesamtkapitalquote von 8% vorgeschrieben. Die Mitglieder haben auf Ebene des B-IPS sicherzustellen, dass etwaige auf Ebene der Mitglieder im B-IPS verhängt makroökonomische Kapitalpuffer bei der Ermittlung der Eigenmittel im B-IPS nicht angerechnet werden. Des Weiteren ist sicherzustellen, dass die Mehrfachbelegung von anerkanntsfähigen Eigenmittelbestandteilen und jede etwaige unangemessene Bildung von Eigenmitteln zwischen den Mitgliedern des IPS bei der Berechnung beseitigt wurden.

Die EZB hat 2014 die Aufsicht über bedeutende Banken in der Eurozone, deren Bilanzsumme über € 30 Milliarden oder 20 Prozent der Wirtschaftsleistung eines Landes ausmacht, übernommen. Von den Mitgliedern des B-IPS unterliegen seit 4. November 2014 die RZB, RLB NÖ-Wien und RLB OÖ der direkten Beaufsichtigung durch die EZB. Die Ermittlung der anrechenbaren Eigenmittel erfolgt gemäß den anwendbaren Regularien auf Basis internationaler Rechnungslegungsstandards. Im Folgenden werden die konsolidierten Eigenmittel des B-IPS dargestellt.

Im B-IPS wurde zum Jahresende ein hartes Kernkapital nach Abzugsposten von € 10.787 Millionen gehalten. Zusammen mit einem zusätzlichen Kernkapital nach Abzugsposten von € 227 Millionen lag somit das Kernkapital bei € 11.013 Millionen. Das Kernkapital und die Ergänzenden Eigenmittel nach Abzugsposten von € 5.098 Millionen ergaben in Summe Eigenmittel von € 16.112 Millionen.

Das Eigenmittelerfordernis betrug € 10.733 Millionen, wobei € 9.390 Millionen auf das Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko entfielen, sowie € 314 Millionen auf das Marktrisiko und € 1.029 auf das operationelle Risiko.

Die Common Equity Tier 1 Ratio (transitional) lag bei 8,04%, die Tier 1 Ratio bei 8,21% und die Eigenmittelquote (transitional) bei 12,01%. Es wurde im B-IPS keine fully-loaded Berechnung der Quoten vorgenommen. Die dem B-IPS vorgeschriebenen Quoten wurden zur Gänze übererfüllt.

Eigenmittelrechnung B-IPS

Die Eigenmittel zum Jahresende 2014 setzen sich wie folgt zusammen.

in € Tausend	2014
Eingezahltes Kapital	2.159.765
Erwirtschaftetes Kapital	4.293.254
Kapital der nicht beherrschenden Anteile	4.728.396
Hartes Kernkapital vor Abzugsposten	11.181.416
Immaterielle Vermögenswerte/Firmenwerte	-351.718
Risikovorsorge-Fehlbeträge für IRB-Positionen	26.362
Abzugsposten Verbriefungen	-5.121
Abzugsposten Latente Steuern	-
Abzugsposten Versicherungen und Beteiligungen	-64.432
Hartes Kernkapital nach Abzugsposten	10.786.507
Übergangsanpassungen aufgrund von bestandsgeschützten Kapitalinstrumenten des zusätzlichen Kernkapitals	606.666
Immaterielle Vermögenswerte/Firmenwerte	-528.687
Risikovorsorge-Fehlbeträge für IRB-Positionen	-17.575
Abzugsposten Versicherungen und Beteiligungen	-33.060
Kapital der nicht beherrschenden Anteile	199.511
Zusätzliches Kernkapital nach Abzugsposten	226.855
Kernkapital	11.013.362
Langfristiges nachrangiges Kapital	3.237.238
Stille Reserve	469.368
Berücksichtigungsfähiger Risikovorsorgeüberschuss für IRB-Positionen	200.567
Allgemeine Kreditrisikoanpassungen nach dem Standardansatz	276.988
Abzugsposten Versicherungen und Beteiligungen	-52.322
Kapital der nicht beherrschenden Anteile	966.355
Ergänzende Eigenmittel nach Abzugsposten	5.098.193
Gesamte Eigenmittel	16.111.555
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	10.733.213
Common Equity Tier 1 Ratio (transitional)	8,04%
Tier 1 Ratio	8,21%
Eigenmittelquote (transitional)	12,01%

Das gesamte Eigenmittelerfordernis setzt sich wie folgt zusammen:

in € Tausend	2014
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	134.165.166
Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko	9.390.409
Auf internen Ratings basierender Ansatz	2.655.787
Standardansatz	6.593.418
CVA Risiko	141.204
Eigenmittelerfordernis für das Positionsrisiko in Schuldtiteln, Substanzwerten, Waren und Fremdwährungen	313.712
Eigenmittelerfordernis für das operationelle Risiko	1.029.093
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	10.733.213

Die Bemessungsgrundlage für das Kreditrisiko stellt sich nach Asset-Klassen wie folgt dar:

in € Tausend	2014
Risikogewichtete Bemessungsgrundlage nach Standardansatz	82.417.723
Zentralstaaten und Zentralbanken	1.703.059
Regionale Gebietskörperschaften	68.890
Verwaltungseinrichtungen und Unternehmen ohne Erwerbscharakter	211.297
Multilaterale Entwicklungsbanken	12.784
Kreditinstitute	2.638.937
Firmenkunden	38.595.691
Retail-Kunden	10.338.945
Durch Immobilien besicherte Forderungen	9.292.572
Ausgefallene Positionen	3.742.578
Mit hohem Risiko verbundene Positionen	38.082
Beteiligungspositionen	8.682.534
Gedeckte Schuldverschreibungen	398.885
Investmentfonds-Anteile	620.618
Verbriefungspositionen	2.928
Sonstige Posten	6.069.924
Risikogewichtete Bemessungsgrundlage nach auf internen Ratings basierendem Ansatz	33.197.335
Zentralstaaten und Zentralbanken	266.180
Kreditinstitute	2.501.200
Firmenkunden	25.363.987
Retail-Kunden	4.686.208
Beteiligungspositionen	125.284
Verbriefungspositionen	254.477
CVA Risiko	1.765.052
Gesamte Bemessungsgrundlage für das Kreditrisiko	117.380.109

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Eine ausgewogene und vollständige Finanzberichterstattung ist für das B-IPS und seine Organe ein wichtiges Ziel. Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist dabei eine selbstverständliche Grundvoraussetzung. Die ÖRE ist für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des B-IPS entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems hinsichtlich des gesamten Rechnungslegungsprozesses beauftragt.

Ziel dieses internen Kontrollsystems ist es, das Management so zu unterstützen, dass es effektive und laufend verbesserte interne Kontrollen im Zusammenhang mit der Rechnungslegung gewährleistet. Das Kontrollsystem ist neben der Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften auch auf die Schaffung optimaler Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen ausgerichtet.

Im B-IPS hat man sich für die erweiterte Zusammenfassungsverrechnung gemäß Art 49 Abs 3 lit a) iv) CRR sowie für den Bericht mit der aggregierten Bilanz, der aggregierten Gewinn- und Verlustrechnung, dem Lagebericht und dem Risikobericht gemäß Art 113 Abs 7 lit e) CRR entschieden. In Folge soll sowohl in Zusammenhang mit der erweiterten Zusammenfassungsverrechnung als auch in Zusammenhang mit dem Bericht in Bezug auf die hierfür notwendige Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung von der erweitert aggregierten Bilanz und der erweitert aggregierten Gewinn- und Verlustrechnung gesprochen werden. Es wird in Folge auch im Rahmen der erweiterten Aggregation vereinfachend von „Konsolidierung“ gesprochen, wenngleich es Unterschiede zur Konsolidierung gemäß Richtlinie 86/635/EWG, die bestimmte Anpassungen der Richtlinie 83/349/EWG enthält, oder der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002, die die konsolidierten Abschlüsse von Kreditinstitutsgruppen regelt, gibt.

Im Rahmen der Berichterstattung gemäß Art 113 Abs 7 lit e) CRR wird das B-IPS als Ganzes dargestellt, ohne die quantitativen Angaben wieder auf die Mitglieder des B-IPS herunter zu brechen. Somit erfolgt von diesem Grundsatz her etwa keine Darstellung der Beiträge der einzelnen Mitglieder des B-IPS zum Sondervermögen und keine Darstellung der SREP-Ratios der einzelnen Mitglieder des B-IPS.

Kontrollumfeld

In der ÖRE ist ein IKS im Einsatz. Es existiert eine detaillierte Beschreibung der IKS-Abläufe, anhand derer eine laufende Dokumentation risikorelevanter Prozesse und der dazugehörigen Kontrollmaßnahmen stattfindet. Die Verantwortlichkeiten und Rollen in Bezug auf das IKS sowie die Kontrolltätigkeiten sind klar definiert. Die IKS-relevanten Risiken werden regelmäßig evaluiert und angepasst. Für das IKS erfolgt ein regelmäßiges, mehrstufiges Reporting über Wirksamkeit und Reifegrad.

Erstellt wird die erweiterte aggregierte Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung auf Basis eines Service Level Agreements in der RBI Hauptabteilung Accounting & Reporting, die im Vorstandsbereich des RBI-Finanzvorstands angesiedelt ist. Die Früherkennung wird ebenfalls auf Basis eines Service Level Agreements in der RZB Abteilung Risikocontrolling erstellt, die im Vorstandsbereich des RZB-Risikovorstandes angesiedelt ist.

IPS - Konsolidierung

Im B-IPS betrifft die Konsolidierung die Verflechtungen zwischen den Raiffeisenlandesbanken und der Raiffeisen Zentralbank sowie zwischen den Raiffeisenlandesbanken untereinander. Diese erweiterte Aggregation erfolgt ohne historische Daten. So kann man etwa bei der Kapitalkonsolidierung auch in den folgenden Jahren stets von einer Art Erstkonsolidierung sprechen. Davon zu unterscheiden sind die Verflechtungen innerhalb der CRR-Konsolidierungskreise der B-IPS-Mitglieder. Diese werden bereits auf Basis der gemeldeten konsolidierten Lage konsolidiert; sie sind daher nicht mehr in den eingemeldeten Daten der entsprechenden B-IPS-Mitglieder vorhanden; dies gilt auch für Verflechtungen zwischen den Mitgliedern des CRR-Konsolidierungskreises der Raiffeisen Zentralbank, unabhängig davon, ob sie Mitglieder des B-IPS sind (wie etwa die Raiffeisen Bausparkasse GmbH und Raiffeisen Wohnbaubank AG).

Die erweiterte aggregierte Bilanz und aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung sind im IFRS-Schema erstellt, wie es die RZB KI-Gruppe anwendet. Basis sind die CRR KI-Gruppen (bzw. Einzelabschlüsse, wenn keine CRR KI-Gruppe vorliegt) der Mitglieder. Die Umstellung auf IFRS zur Erreichung konzerneinheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erfolgt für die weiterhin nach UGB bilanzierenden Mitglieder des B-IPS noch nicht. Im Geschäftsjahr 2014 wird ausschließlich der UGB-Ausweis auf einen IFRS-Ausweis in der Bilanz und GuV anhand einer Mappingtabelle übergeleitet.

Kapitalkonsolidierung im Rahmen der erweiterten Aggregation

Bei der Kapitalkonsolidierung wird das anteilige Eigenkapital des Tochterunternehmens, das auf den Anteil der Mutter an diesem Unternehmen entfällt, mit dem Beteiligungsbuchwert, mit dem die Beteiligung an der Tochtergesellschaft im Einzelabschluss der Muttergesellschaft steht, aufgerechnet.

Die additive Zusammenfassung der Einzelbilanzen zu einer gesamthaften Bilanz würde unweigerlich zu Doppelzählungen und damit zu einer Doppelrechnung von Eigenmitteln führen. Nach dem Einheitsgrundsatz sind daher der Beteiligungsbuchwert bei den Raiffeisenlandesbanken und das anteilige Eigenkapital bei der Raiffeisen Zentralbank gegeneinander aufgerechnet; diese Kapitalkonsolidierung erfolgt ohne historische Daten (Erstkonsolidierung). Falls diese Buchwerte höher sind als das anteilige Eigenkapital bei der Raiffeisen Zentralbank (gezeichnetes Kapital und Kapitalrücklagen), wird der darüber hinausgehende Betrag mit den Gewinnrücklagen konsolidiert. Im Vorfeld der Kapitalkonsolidierung ist gegebenenfalls eine Konsolidierung von Zu- und Abschreibungen sowie Aufwertungen im Zusammenhang mit den Beteiligungen zu machen.

Schuldenkonsolidierung im Rahmen der erweiterten Aggregation

Die Schuldenkonsolidierung eliminiert die Bilanzierung innerkonzernlicher Schuldverhältnisse aus dem Summenabschluss. In diesem stehen sich Forderungen und Verbindlichkeiten, die Konzernunternehmen untereinander haben, gegenüber. Nach der Einheitsfiktion soll der Konzern als ein Unternehmen dargestellt werden. Die innerkonzernlichen Schuldverhältnisse werden durch die Schuldenkonsolidierung eliminiert, d.h. innerkonzernliche Forderungen und Verbindlichkeiten werden gegeneinander aufgerechnet.

Teil der Schuldenkonsolidierung können neben den als explizit ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten unter anderem auch sonstige Vermögensgegenstände, Rechnungsabgrenzungsposten, Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten, Haftungsverhältnisse oder sonstige finanzielle Verpflichtungen sein. Da kein Anhang erstellt wird und im IFRS keine Abbildung im Bilanzschema vorgesehen ist, erfolgt keine Schuldenkonsolidierung der Bilanzpositionen Unterstrich (betrifft die Eventualverbindlichkeiten wie Haftungen, Garantien oder offene Kreditrahmen).

Die erweiterte aggregierte Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wird samt dem Lagebericht im Risikorat behandelt und zur Kenntnisnahme vorgelegt. Er wird im Rahmen des Geschäftsberichts, auf der RZB Internetseite veröffentlicht.

Information und Kommunikation

Grundlage für die erweiterte aggregierte Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind standardisierte, und einheitliche Formulare. Die Bilanzierungs- und Bewertungsstandards sind dabei in der Dokumentation zur Erstellung der erweiterten Zusammenfassungsverrechnung für das Bundes-IPS gemäß Art 49 Abs 3 lit a) iv) CRR sowie Dokumentation zur Erstellung des Berichts mit der aggregierten Bilanz, der aggregierten Gewinn- und Verlustrechnung, dem Lagebericht und dem Risikobericht für das Bundes-IPS gemäß Art 113 Abs 7 lit e) CRR definiert und erläutert und für die Erstellung der Abschlussdaten verbindlich.

Im erscheinenden Geschäftsbericht werden die konsolidierten Ergebnisse in Form einer vollständigen erweiterten aggregierten Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt. Die erweiterte aggregierte Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung, der Lagebericht und der Risikobericht werden vom externen Abschlussprüfer geprüft.

Unterjährig erfolgt die Berichterstattung an den Risikorat auf konsolidierter Basis quartalsweise.

Bescheid

Mit der Erteilung der Bewilligung nach Art 113 Abs 7 CRR durch die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) als zuständige Behörde an unten angeführten Antragsteller Nr. 1 – 13 dürfen, Risikopositionen gegenüber allen anderen Antragstellern als Gegenparteien, mit denen ein institutsbezogenes Sicherungssystem gebildet wurde, mit Ausnahme von Risikopositionen, die Posten des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals begründen, mit dem erstmaligen Stichtag 1.1.2014 von den Anforderungen nach Art 113 Abs 1 CRR auszunehmen und ein Risikogewicht von 0% zuzuweisen, sowie über den Antrag der Antragstellerin Nr.1 auf Erteilung der Bewilligung nach Art 150 Abs 1 lit f CRR, auf Risikopositionen gegenüber den Antragstellern 2 bis 13, die die Anforderungen des Art 113 Abs 7 CRR erfüllen, den Standardansatz mit dem erstmaligen Stichtag 1.1.2014 dauerhaft anwenden. Die FMA erteilt nach Maßgabe des Art 113 Abs 7 CRR iVm Art 113 Abs 6 CRR der

Mitglieder
1. Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, FN 58882t, Am Stadtpark 9, 1030 Wien
2. Raiffeisenlandesbank Burgenland und Revisionsverband eGen, FN 121834v, Raiffeisenstraße 1, 7000 Eisenstadt
3. Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, FN 247579m, Europaplatz 1 a, 4020 Linz
4. Raiffeisenlandesbank Niederösterreich - Wien AG, FN 203160s, Friedrich-Wilhelm Raiffeisen-Platz 1, 1020 Wien
5. Raiffeisen-Holding Niederösterreich - Wien registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, FN 959750h Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Platz 1, 1020 Wien
6. Raiffeisenverband Salzburg eGen, FN 38219f, Schwarzstraße 1 3-15, 5020 Salzburg
7. Raiffeisen-Landesbank Tirol AG, FN 223624i, Adamgasse 1-7, 6020 Innsbruck
8. Raiffeisenlandesbank Vorarlberg Waren- und Revisionsverband registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, FN 63128k, Rheinstraße 11, 6901 Bregenz
9. Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG, FN 264700s, Kaiserfeldgasse 5, 8010 Graz
10. Raiffeisenlandesbank Kärnten - Rechenzentrum und Revisionsverband, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, FN 116094b, Raiffeisenplatz 1, 9020 Klagenfurt
11. Zveza Bank registrirana zadruga z omeleinim jamsivom, Bank und Revisionsverband, FN 115073a, registrierte Ge-nossenschaft mit beschränkter Haftung, Paulitschgasse 5-7, 9010 Klagenfurt
12. Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft mbH, FN 116309v, Wiedner Hauptstr. 94, 1050 Wien
13. Raiffeisen Wohnbaubank AG, FN 117299z, Am Stadtpark 9, 1030 Wien

(jeweils als Antragsteller und Gegenparteien im institutsbezogenen Sicherungssystem auf Bundesebene)

und zwar jedem der genannten Antragsteller für sich, gemäß Art 113 Abs 7 CRR die Bewilligung, Risikopositionen gegenüber allen anderen Gegenparteien, mit denen ein institutsbezogenes Sicherungssystem gemäß Vereinbarung über die Errichtung eines „Institutsbezogenen Sicherungssystems“ sowie gemäß Treuhandvereinbarung, von den Anforderungen des Art 113 Abs 1 CRR (Zuweisung von Risikopositionen nach Maßgabe des Abschnittes 2 der CRR) auszunehmen und stattdessen diesen Risikopositionen ein Risikogewicht von 0% zuzuweisen; dies mit Ausnahme von Risikopositionen, die Posten des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals begründen.

Bedingungen und Auflagen

Die FMA hat mit Erteilung der Bewilligung des Bescheids für das B-IPS einige Auflagen festgeschrieben. Diese umfassen mit Übergangsfristen den Nachweis entsprechender Kapitalquoten, die Dotierung eines ex ante Sondervermögens, die Sicherstellung eines einheitlichen Rechnungslegungsstandards für Zwecke der Eigenmittelrechnung, Vorgaben im Zusammenhang mit der Liquiditätsmessung sowie diverse Berichtspflichten. Hier ein Auszug der vorgeschriebenen Nebenbedingungen, die untrennbar mit der Bewilligung verbunden sind:

1. Die Mitglieder im Bundes-IPS haben Halbjahresberichte sowie jährlich zum Stichtag 31.12. auf Ebene des Bundes-IPS eine konsolidierte Bilanz oder eine erweiterte (aggregierte) Zusammenfassungsverrechnung zu erstellen und zu veröffentlichen und der zuständigen Aufsichtsbehörde bis zum 30.06 des darauffolgenden Jahres vorzulegen; dabei ist sicherzustellen, dass der Konsolidierungskreis für die Kapital-, Schulden- und Eigenmittelkonsolidierung die gesamte Kreditinstitutsgruppe eines jeden Mitglieds im Bundes-IPS umfasst.
2. Ab der Erstellung der ersten Bilanz bzw. der ersten aggregierten Zusammenfassungsverrechnung für das Bundes-IPS ist eine Vereinheitlichung der Rechnungslegungsstandards für die Zwecke der Bilanz bzw. aggregierten Zusammenfassungsverrechnung für alle Mitglieder im Bundes-IPS allenfalls unter Ansatz einer Überleitungsverrechnung umzusetzen. Die Adäquanz des einheitlichen Rechnungslegungsstandards unterliegt dem jährlichen Bestätigungsvorbehalt der zuständigen Aufsichtsbehörde.
3. Die Antragsteller haben die Gleichwertigkeit der erweiterten (aggregierten) Zusammenfassungsverrechnung mit der RL 86/635/EWG bzw. der Verordnung EG 1606/2002 herzustellen; diese Gleichwertigkeit ist mittels Bestätigung des Wirtschaftsprüfers gleichzeitig mit der Vorlage des Jahresabschlusses der zuständigen Aufsichtsbehörde schriftlich nachzuweisen.
4. Die Antragsteller haben sicherzustellen, dass der Bankprüfer jährlich eine Bestätigung an die zuständige Aufsichtsbehörde übermittelt, wonach die Mehrfachbelegung von anererkennungsfähigen Eigenmittelbestandteilen und jede etwaige unangemessene Bildung von Eigenmitteln zwischen den Mitgliedern des institutsbezogenen Sicherungssystems bei der Berechnung beseitigt wurde.

Die Bestätigung hat sich auf das jeweils vorangegangene Kalenderjahr zu beziehen und ist bis zum 30.6. des darauffolgenden Jahres an die zuständige Aufsichtsbehörde zur Vorlage zu bringen.

Überwachung

Die Verantwortung für die fortlaufende Überwachung obliegt der ÖRE. Darüber hinaus sind die jeweiligen Abteilungsleiter über die Service Level Agreements für die Überwachung der entsprechenden Bereiche zuständig, so werden in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Weiters ist die Interne Revision in den Überwachungsprozess involviert. Die Revisionsfunktion wird vom Bereich Audit (Group Audit) der Raiffeisen Zentralbank wahrgenommen. Für sämtliche Revisionsaktivitäten gelten die konzernweit gültigen revisionsspezifischen Regelwerke (Audit Group Standards), die auf den Mindeststandards für die interne Revision der Österreichischen Finanzmarktaufsicht sowie internationalen „Best Practices“ basieren. Zusätzlich gelten die internen Regelungen des Bereichs Audit (insbesondere auch die Audit Charter).

Die Konzernrevision überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften in den Konzerneinheiten der RZB. Der Leiter des Bereichs Audit berichtet direkt an die Vorstände der Raiffeisen Zentralbank und der RBI AG. Die ÖRE berichtet an den Risikorat.

Funding

Banken refinanzieren sich grundsätzlich über ihre Eigenmittel und Kundeneinlagen sowie über diverse Instrumente des Kapital- und Interbankenmarkts. Die Refinanzierungssituation auf den Kapitalmärkten entwickelte sich 2014 insgesamt sehr erfreulich. Zwar stellte die US-Notenbank im Jahresverlauf ihre Anleihenkäufe ein, das Kapitalmarktumfeld wurde dadurch aber kaum beeinflusst. Relevant für die Eurozone waren dabei insbesondere weitere Zinssenkungen (bis hin zu einem negativen Einlagenzinssatz für Geschäftsbanken) und zusätzliche Liquiditätszufuhr durch die Europäische Zentralbank (EZB), ausgelöst durch ein Nachlassen des Wirtschaftswachstums und einen Inflationsrückgang im Jahresverlauf. Die Überschussliquidität im Geldmarkt blieb damit weiterhin erhalten, und Staatsanleiherenditen samt Risikoprämien gingen im Jahresverlauf auf den meisten Anleihenmärkten deutlich zurück.

in € Millionen	2014	Anteil
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	103.556	52,8%
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstitute	50.662	25,9%
Verbriefte Verbindlichkeiten	34.870	17,8%
Nachrangige Verbindlichkeiten	6.902	3,5%
Gesamt	195.990	100,0%

Die Refinanzierung der B-IPS Mitglieder basiert auf zwei Säulen: zum einen auf Kundeneinlagen, die Ende 2014 € 103,6 Milliarden oder 53 Prozent der Refinanzierung ausmachten, und zum anderen auf dem Wholesale Funding, das mit € 91 Milliarden die verbleibenden 47 Prozent beisteuerte. Im Fundinganteil der Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstitute sowie der verbrieften Verbindlichkeiten ist wiederum der Sektorliquiditätszug der einlagenstarken primären Raiffeisenbanken zu den jeweiligen B-IPS Mitgliedern enthalten, in Summe ~ € 18 Milliarden. Der hohe Anteil der Kundeneinlagen schafft eine stabile Refinanzierungsbasis und macht das B-IPS weniger anfällig für Turbulenzen auf den Finanzmärkten.

Das Funding im B-IPS wird grundsätzlich dezentral von den einzelnen B-IPS Mitgliedern gesteuert.

Entwicklung des Bankensektors

Moderates Wachstum, steigende Differenzierung in CEE

Unterstützt von leicht besseren volkswirtschaftlichen Indikatoren im zweiten Halbjahr 2014, expansiven geldpolitischen Maßnahmen und gestiegenen Wachstumserwartungen in CE und SEE legte das Kreditwachstum in diesen beiden Regionen 2014 moderat zu. Dieser Trend sollte sich 2015 fortsetzen. Daher stabilisierten sich auch die notleidenden Kredite (NPL) 2014 in vielen Ländern in CE und SEE oder überschritten teils ihren Höhepunkt. In Rumänien gelangen 2014 die ersten nennenswerten Verkäufe von NPL-Portfolios. Allerdings bleiben die NPL vor allem in den Bankenmärkten in SEE weiterhin auf hohem Niveau, was die Performance der Bankensektoren noch einige Zeit belasten wird. In Russland und der Ukraine trübte sich das Umfeld für Banken 2014 deutlich ein und der Ausblick für 2015 bleibt schwierig. Das Kreditwachstum schwächte sich, u. a. durch ein zunehmend schwierigeres lokales Refinanzierungsumfeld (geringeres Einlagenwachstum, höhere Refinanzierungskosten), in beiden Märkten deutlich ab. Trotzdem lag das Kreditwachstum des Bankensektors in Russland 2014 immer noch im hohen zweistelligen Bereich, die Liquiditätssituation ist weiterhin solide, und auch die Profitabilität (Return on Equity, ROE) lag 2014 noch im soliden zweistelligen Prozentbereich. Ohne eine materielle Verschlechterung der geopolitischen Situation und der Finanzierung sollte der russische Bankensektor auch 2015 profitabel bleiben. Im Gegensatz dazu wies der ukrainische Bankensektor 2014 einen Verlust aus und auch 2015 könnte ein weiteres Verlustjahr anstehen. Die Ertragssituation von in der Region agierenden westeuropäischen Banken wird auch von der anhaltenden Währungsschwäche in Russland, der Ukraine und Belarus belastet.

Die regional sehr unterschiedlichen Trends in CEE bezüglich der Asset-Qualität und des Kreditwachstums spiegeln sich auch in divergierenden Rentabilitätszahlen der regionalen Bankensektoren deutlich wider. So blieben die Rentabilitätsindikatoren des Bankensektors in CE auf erfreulich gutem Niveau, d.h. der durchschnittliche ROE 2014 lag im niedrigen zweistelligen Prozentbereich. Eine Ausnahme davon bildet Ungarn, wo die Ertragskraft des Bankensektors aufgrund regulatorischer Maßnahmen erneut negativ ausfiel, wobei sich das Umfeld hier verbessern sollte. Im russischen Bankenmarkt gab die Rentabilität 2014 im Vergleich zum Vorjahr zwar etwas nach, gehörte aber mit einem ROE von rund 13 Prozent im Jahr 2014 noch immer zu den höchsten in CEE. In SEE fiel die Rentabilität 2014 erneut gering aus, was unter anderem auf die schwache Kreditnachfrage im Neugeschäft und sich teils noch leicht erhöhende NPL zurückzuführen war. Der durchschnittliche ROE lag hier im niedrigen einstelligen Prozentbereich und damit in etwa auf dem Niveau der Eurozone. Trotz der positiven Entwicklungen in einigen CEE-Märkten liegt der durchschnittliche ROE im Bankensektor in der Gesamtregion CEE weiter unter früheren Werten. Diese Entwicklung ist vor allem bedingt durch steigende regulatorische Kosten, erhöhte Eigenkapitalquoten und -kosten, einen höheren Grad der lokalen Refinanzierung sowie durch eingeschränkte Möglichkeiten der Risiko- und Zinskurventransformation aufgrund des Niedrigzinsumfelds. Der Ausblick auf einen längeren Fortbestand des aktuellen Niedrigzinsumfelds in großen Märkten in CE und SEE sowie die Eintrübung der Ertragsaussichten im russischen Bankensektor legen nahe, dass der ROE in den CEE-Bankensektoren 2015 nicht deutlich zulegen wird.

Bankensektor in Österreich

Das schwache Wirtschaftswachstum, die geringe Profitabilität, höhere Kreditrisikovorsorgen und ein niedriges Zinsniveau machten sich im Jahr 2014 bei den europäischen Banken bemerkbar. Diesen Entwicklungen konnte sich auch der österreichische Bankensektor nicht entziehen. Hohe Belastungen kamen vor allem aufgrund der Auswirkungen des anhaltend niedrigen Zinsumfelds sowie im Zusammenhang mit dem geplanten Verkauf von Auslandstochterbanken der Hypo Alpe-Adria und hohen Wertminderungen einer anderen Großbank zustande.

Weiterhin bleibt das CEE-Geschäft für die österreichischen Banken ein wichtiger Erfolgsfaktor. Die vermehrten Gewinne der letzten Jahre vor allem in der Tschechischen Republik, der Slowakei und Russland unterstreichen die Relevanz einer nachhaltigen Wachstumsstrategie in der Region. Im ersten Halbjahr 2014 erwirtschafteten die CEE-Tochterbanken österreichischer Banken insgesamt einen Nettogewinn von € 1 Milliarde.

Seit 2008 hat sich die Eigenmittelausstattung der heimischen Kreditinstitute laufend verbessert, liegt aber dennoch unter dem Durchschnitt vergleichbarer europäischer Banken. Die österreichischen Banken werden weiterhin Kapital aufbauen müssen, insbesondere hinsichtlich des Risikoprofils (z.B. Exponierung in CEE, Bestand an Fremdwährungskrediten), der herausfordernden Konjunktursituation sowie des niedrigen Zinsniveaus. Hinzu kommen höhere Markterwartungen in Bezug auf die Kapitalausstattung und strengere regulatorische Anforderungen. Die Liquiditätssituation der österreichischen Banken hat sich weiter verbessert, wobei der Anstieg des Einlagenvolumens in CEE zur Stärkung der Refinanzierungsbasis der österreichischen Tochterbanken beigetragen hat. Diese Entwicklung steht im Einklang mit der von der OeNB und der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) vorgelegten aufsichtlichen Leitlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle international aktiver österreichischer Großbanken.

Regulatorisches Umfeld

Start der EZB-Aufsicht

Am 4. November 2014 übernahm die EZB die direkte Aufsicht über 123 bedeutende Banken in der Eurozone. Der einheitliche Aufsichtsmechanismus SSM (Single Supervisory Mechanism) ist ein neues System der Bankenaufsicht, das sich aus der EZB und den jeweils national zuständigen Behörden der teilnehmenden Länder zusammensetzt. In erster Linie soll es einen Beitrag zur Sicherheit und Solidität der Kreditinstitute sowie zur Stabilität des europäischen Finanzsystems leisten und eine einheitliche Aufsicht sicherstellen. Als eine dieser 123 Banken, die gemessen an den Aktiva 82 Prozent des Bankensektors in der Eurozone repräsentieren, unterliegt die RZB, die RLB NÖ-Wien und die RLB OÖ der direkten Aufsicht durch die EZB. Es werden in diesem Zusammenhang neben deutlich gestiegenen Reporting-Anforderungen auch das verstärkte Auftreten von regulatorischen Themen mit strategischer Relevanz erwartet.

Ein Schwerpunkt lag im Berichtsjahr auf den Neuerungen im Hinblick auf den SSM, insbesondere auf die damit einhergehenden Bilanzprüfungen (Comprehensive Assessment) durch die EZB, die den AQR und einen europaweiten Stresstest mit sich brachten. Die von der EZB durchgeführten Prüfungen belasteten die Ressourcen des Konzerns aufgrund ihres Umfangs, ihrer Dauer und des intensiven Austauschs mit Behörden und Wirtschaftsprüfern massiv.

Bankenunion

Schon im Juli 2013 präsentierte die Europäische Kommission ihre Vorstellungen für einen Einheitlichen Abwicklungsmechanismus für die Eurozone. Das Verfahren soll den Single Supervisory Mechanism (SSM) ergänzen. Durch den Single Resolution Mechanism (SRM) als zweite Säule der Bankenunion soll sichergestellt werden, dass Banken, die in Schwierigkeiten geraten, mit geringeren Kosten abgewickelt werden können und für diese Fälle ein einheitlicher Abwicklungsfonds zur Verfügung steht.

Mit 1. Jänner 2015 trat in Österreich das Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) in Kraft.

Zahlungen unter diesem Gesetz beziehen sich auf europäische Regelungen, die die EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (Bank Recovery and Resolution Directive, BRRD) ausführen, aber noch nicht verabschiedet sind (dies wird für 2015 erwartet), und die einen Mechanismus für Beitragszahlungen beginnend ab oder im Jahr 2015 vorsehen. Beginnend mit 2016 wird der österreichische Abwicklungsfinanzierungsmechanismus – so wie alle anderen Abwicklungsfinanzierungsmechanismen in der Eurozone – in einen einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund) übertragen, der derzeit gerade für alle Eurozonen-Mitglieder (für andere EU-Mitglieder auf freiwilliger Basis) eingerichtet wird. Der konkret damit verbundene Aufwand für die RZB kann noch nicht genau beziffert werden. Für 2015 erwartet die RZB in Österreich einen Aufwand von rund € 38 Millionen.

Die Einlagensicherungsrichtlinie wurde 2014 im Amtsblatt der EU veröffentlicht und ist bis Juli 2015 in österreichisches Recht umzusetzen. Die Richtlinie sieht die Errichtung eines Einlagensicherungsfonds vor, der durch Beiträge von Kreditinstituten zu speisen ist. Das Zielvolumen beträgt 0,8 Prozent der gedeckten Einlagen. Das Umsetzungsgesetz liegt zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht vor. Weder die Struktur noch der Zeitpunkt der erstmaligen Beitragsentrichtung durch die Kreditinstitute sind bekannt, daher kann auch der konkrete Aufwand für die B-IPS Mitglieder noch nicht genau beziffert werden.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Währungsabwertungen zu Jahresbeginn 2015

Zu Jahresbeginn 2015 kam es in der Ukraine aufgrund einer Änderung der Währungspolitik der ukrainischen Nationalbank zu einem Kursverfall. Bis Ende Februar verlor der ukrainische Hryvnia (UAH) 37 Prozent. Dies wird Auswirkungen auf die Qualität des Kreditportfolios des RZB Konzerns für das Geschäftsjahr 2015 haben. Auf die Kapitalposition der RZB hat diese Abwertung jedoch nur geringe Auswirkungen.

Belarus hat Anfang des Jahres 2015 den Belarus Rubel (BYR) um rund 20 Prozent abgewertet. Dies war eine Folge der Währungsturbulenzen in Russland Ende 2014. Belarus ist mit der russischen Wirtschaft eng verbunden. Das Kapital der Priorbank ist zum Teil mit einem ökonomischen Hedge abgesichert, weshalb die Auswirkung auf die Kapitalposition nur gering ist.

Die Aufwertung des Schweizer Franken (CHF) zum Euro nach Aufgabe der Mindestkursbindung durch die Schweizer Nationalbank kann negative Auswirkungen auf die in CHF denominierten Fremdwährungskredite haben. Die RZB hat einen Bestand von rund € 4 Milliarden an diesen Krediten, davon in Polen rund € 2,8 Milliarden. Insgesamt werden die kurzfristigen Auswirkungen auf die RZB gering eingeschätzt.

Moratorium HETA Asset Resolution AG

Im März 2015 hat die Bundesregierung beschlossen, die HETA Asset Resolution AG (HETA) – die seit März 2014 bestehende Abbaugesellschaft der HYPO Alpe Adria International – nach dem europäischen Bankenabwicklungsregime abzuwickeln. Grund dafür waren neue Daten aus der jüngsten Vermögensuntersuchung (Asset Review), die eine Kapital-lücke zutage gebracht haben. Zuständig für die Abwicklung der HETA ist die österreichische Finanzmarktaufsicht (FMA). Sie hat die HETA als Sofortmaßnahme mit einem bis Ende Mai 2016 geltenden Zahlungsmoratorium belegt.

Unterstützung der ZVEZA

Aufgrund der Auslandsaktivitäten wurde der Zveza seitens der Finanzmarktaufsicht eine erhöhte Kapitalquote ab Ende März 2015 vorgeschrieben. Nachdem die wirtschaftliche Entwicklung in Slowenien und Kroatien einen erhöhten Wertberichtigungsbedarf erforderte, stellte die Zveza einen Antrag an das B-IPS zur Kapitalstärkung, welches seitens des Risikorates mit Auflagen genehmigt wurde. Per Ende März 2015 wurde aus dem Sondervermögen EUR 6 Millionen Nachrangkapital seitens der B-IPS-Mitglieder gezeichnet.

Ausblick

Konjunkturaussichten

Zentraleuropa

Die positiven Wachstumstendenzen der zweiten Jahreshälfte 2014 dürften sich 2015 und 2016 in der Region CE fortsetzen. Die Konjunkturwende scheint geschafft, und die 2015 anziehende Entwicklung in der Eurozone sollte den Export unterstützen. Zusätzlich wird eine weiterhin solide Entwicklung der heimischen Nachfrage erwartet, was die Tragfähigkeit der wirtschaftlichen Erholung weiter untermauern sollte. Nach einem BIP-Wachstum von 2,9 Prozent im Jahr 2014 liegt die Prognose für CE in den kommenden Jahren bei 3,0 Prozent. Spitzenreiter in 2015 dürfte Polen werden, gefolgt von den CE-Ländern Ungarn, Slowakei und Tschechische Republik. Geldpolitisch bleiben die Zügel in CE angesichts von Inflationsraten auf Rekord-Tiefstständen wohl weiterhin locker. Mit restriktiven geldpolitischen Schritten ist frühestens 2016 zu rechnen.

Südosteuropa

Das BIP-Wachstum in der Region SEE sollte 2015 und 2016 weniger stark durch Sonderfaktoren (wie den Naturkatastrophen in Serbien oder Bosnien und Herzegowina im Jahr 2014) und noch ausstehende Konsolidierungserfordernisse (wie etwa in Kroatien) geprägt sein. Nach einem BIP-Wachstum von 1,4 Prozent im Jahr 2014 und 1,9 Prozent im Jahr 2015 sollte sich SEE 2016 wieder dem derzeitigen Potenzialwachstum annähern. Vor allem Rumänien dürfte seinen soliden Wachstumskurs mit BIP-Zuwachsraten um die 3 Prozent fortsetzen, 2015 und in den kommenden Jahren flankiert durch eine eher akkommodierende Geldpolitik. Andere SEE-Länder sollten nach einer eher schwachen Entwicklung in den letzten Jahren 2015 und 2016 langsam zur positiven Entwicklung Rumäniens aufschließen können.

Russland

Der Wachstumsausblick für Russland wird einerseits dadurch getrübt, dass von Investitionen und Exporten nur geringe Impulse ausgehen werden, andererseits stellen die Folgen des Ukraine-Konflikts weiterhin deutliche Abwärtsrisiken dar. Nach der tiefen Rezession 2015 und einer zaghaften Erholung 2016 wird das russische Wirtschaftswachstum bei 0,5 Prozent weiterhin schwach gesehen. Ohne eine Umsetzung der im letzten Zyklus verpassten Reform- und Diversifikationspläne wird das Potenzialwachstum der russischen Volkswirtschaft kaum über 2 Prozent liegen. Sollte Russland länger von Wirtschaftssanktionen belegt sein, steigen die makrofinanziellen Risiken – trotz derzeit noch erheblicher Devisen- und Fiskalreserven – merklich an.

CEE Sonstige

Bei hohen politischen wie wirtschaftlichen Unsicherheiten wird die Ukraine 2015 und 2016 unter der Aufsicht des IWF schwierige Strukturreformen durchführen müssen, um bestehende wirtschaftliche Ungleichgewichte zu korrigieren und dringend notwendige Finanzierungen zu erhalten. Daher wird zumindest für 2015 ein Schrumpfen der Wirtschaftsleistung erwartet, auch die wirtschaftlichen Erholungsaussichten bleiben vorerst unklar. Belarus wird – auch angesichts einer Stagnation bzw. Rezession 2015 – weiter auf finanzielle Unterstützung aus Russland angewiesen sein. Damit dürfte die makrofinanzielle Situation in den kommenden Jahren angespannt bleiben.

Eurozone

Im Lauf des Jahres 2015 wird für die Eurozone eine Wachstumsbeschleunigung erwartet, die sich 2016 fortsetzen sollte. Die Exportwirtschaft sollte dabei vom schwachen Euro und der robusten Konjunkturdynamik wichtiger Handelspartner (USA, Großbritannien) profitieren. Zudem schwindet der Gegenwind durch die Fiskalpolitik. Der niedrige Ölpreis sollte die Kaufkraft der Konsumenten stärken und dämpfend auf die Kosten der Unternehmen wirken. Die auf lange Zeit absehbar sehr expansive Geldpolitik der EZB sorgt für außerordentlich günstige Finanzierungsbedingungen, sodass sich der Rückstau bei Investitionen lösen sollte. Aufgrund des wohl zögerlichen Aufschwungs bei den Investitionen im privaten Sektor wird das Wachstum 2015 bei immer noch verhaltenen 1,2 Prozent gesehen. Die Schätzung für 2016 liegt bei 1,9 Prozent und läge damit sogar über dem Potenzialwachstum der Eurozone. Aufgrund des schwachen Lohndrucks sollte die EZB-Zielmarke für die Inflationsrate von knapp unter 2 Prozent trotz anziehender Konjunkturdynamik bis 2016 nicht überschritten werden.

Österreich

Für 2015 und 2016 ist in Österreich nur von einer moderaten Zunahme der Konjunkturdynamik auszugehen, die hinter jenen früheren Aufschwungphasen zurückbleiben wird. Maßgebliche Impulse werden hier von der Binnennachfrage erwartet. Der private Konsum dürfte dabei von der stabilen Beschäftigungssituation profitieren. Zudem ist ab der zweiten Jahreshälfte 2015 wieder mit einem Beschäftigungsaufbau zu rechnen und niedrige Energiepreise sollten die Kauf-

kraftentwicklung unterstützen. Die Belebung der Investitionstätigkeit dürfte hingegen nur mäßig ausfallen. Vor dem Hintergrund einer Verbesserung des außenwirtschaftlichen Umfeldes ist ein Anziehen der österreichischen Exporte zwar wahrscheinlich, dem dürfte aufgrund der unterstellten Zunahme der Inlandsnachfrage jedoch ein etwa ebenso dynamisches Importwachstum gegenüberstehen. Somit wird für 2015 ein BIP-Wachstum von 0,7 Prozent, gefolgt von 1,8 Prozent im Jahr 2016, erwartet.

Geschäftsausblick bei den größten KI Gruppen der IPS Mitgliedern

RZB Gruppe

Die RBI beschloss im Februar 2015 eine Reihe von Maßnahmen, um den Kapital-Puffer zu erhöhen. Diese sollen zu einer Verbesserung der CET1 Ratio (fully loaded) auf 12 Prozent und der Eigenmittelquote (fully loaded) auf 16 Prozent bis Ende 2017 führen. Ende 2014 lag dieser Wert bei 10 Prozent. Die geplanten Schritte werden insbesondere jene Geschäftsfelder innerhalb des RBI-Konzerns betreffen, die geringe Ergebnisse erwirtschaften, einen hohen Kapitalbedarf haben oder von untergeordneter strategischer Bedeutung sind.

Die Maßnahmen umfassen den Verkauf der Einheiten in Polen und Slowenien sowie der Direktbank ZUNO. In Russland ist geplant, das Obligo mit einem Abbau der risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) um rund 20 Prozent bis Ende 2017 zu reduzieren (RWA gesamt per 31.12.2014: € 8,4 Milliarden). Ein Abbau des Obligos ist auch in der Ukraine, wo die RWA gesamt um rund 30 Prozent bis Ende 2017 reduziert werden sollen, vorgesehen (RWA gesamt per 31.12.2014: € 3,0 Milliarden). In Ungarn ist eine weitere Optimierung geplant. Im Sinne der beabsichtigten Fokussierung der Gruppe auf CEE werden die Geschäftsaktivitäten in Asien bis Ende 2017 und in den USA bis Ende 2016 signifikant zurückgefahren oder aufgegeben.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird bis Ende 2017 in den ausgewählten Märkten zu einer Reduzierung der risikogewichteten Aktiva von brutto rund € 16 Milliarden führen (RWA gesamt per 31.12.2014: € 68,7 Milliarden). Der Gesamtabbau wird sich zwischen Ende des dritten Quartals 2014 bis Ende 2017 auf brutto rund € 26 Milliarden belaufen. Der Abbau wird zum Teil durch Wachstum in anderen Geschäftsfeldern ausgeglichen.

Nach Umsetzung der neuen strategischen Maßnahmen soll die Kostenbasis rund 20 Prozent unter dem Niveau von 2014 liegen (bei konstanten Preisen und Wechselkursen; Verwaltungsaufwendungen 2014: € 3.024 Millionen). Die RBI strebt mittelfristig eine Cost/Income Ratio von 50 bis 55 Prozent an.

Die RBI peilt mittelfristig einen Return on Equity vor Steuern von rund 14 Prozent und einen Konzern-Return-on-Equity von rund 11 Prozent an. Das Konzernergebnis für 2015 kann noch negativ ausfallen, da der Großteil der Restrukturierungskosten (gesamt rund € 550 Millionen) voraussichtlich noch 2015 gebucht werden wird.

Die RBI erwartet, dass die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen auch 2015 erhöht bleiben, sie rechnet jedoch mit einem Bedarf unter dem Vorjahresniveau (2014: € 1.716 Millionen).

Damit die RZB unter anderem ihre Zielsetzungen hinsichtlich Kosteneinsparungen und Mehrwertschaffung für den Sektor erreichen kann, wird weiterhin die Stärkung der Kernkompetenzen der Verbundunternehmen im Fokus stehen. Die bereits gehobenen Synergien und Effizienzpotenziale sollen auch künftig sichergestellt sein.

Vor dem Hintergrund der sich ständig verändernden regulatorischen Anforderungen sowie einer weiteren Stärkung der Bilanzstruktur überprüft die RZB laufend Höhe und Struktur ihrer Eigenmittel, um zeitnah und flexibel agieren zu können.

RLB NÖ Gruppe

Im Geschäftsjahr 2015 wird die nächste Etappe der Doppelstrategie bestehend aus Wachstum und Konsolidierung umgesetzt.

Als Eckpfeiler dieser Doppelstrategie sind im Jahr 2015 folgende Schwerpunkte definiert:

- Weiterer Ausbau des Kundengeschäfts im Bereich der Finanzierungen,
- Monitoring und Verbesserung der Vertriebskanäle,
- kontinuierliche Optimierung regulatorischer Kennzahlen,
- Fortsetzung der durch den AQR bestätigten Risikostrategie,

- erfolgreiche Umsetzung des Projektes „Eine IT für Raiffeisen Österreich“.

Die erwarteten volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer schwachen Konjunktur und eines sehr niedrigen Zinsniveaus werden auch im Jahr 2015 die RLB NÖ-Wien vor große Herausforderungen stellen. Es ist mit einem anhaltenden Druck auf die Margen und damit auf das Zinsergebnis zu rechnen.

RLB OÖ Gruppe

Mit den Stärken der Raiffeisenlandesbank OÖ wie der effizienten und zielgerichteten Liquiditätsplanung und -steuerung, dem umfassenden Risikomanagement in Kombination mit einem genauen Controlling sowie der engen Zusammenarbeit mit oberösterreichischen Raiffeisenbanken wurden die Voraussetzungen geschaffen, um auch künftig das Vertrauen der Kunden zu rechtfertigen und Unternehmen, Institutionen sowie Privatkunden bei ihren Projekten umfassend begleiten zu können. Darüber hinaus stellen das erfolgreiche Absolvieren des EZB-Stresstests und die aktive Umsetzung des Projekts „Raiffeisenbankengruppe Oberösterreich 2020“ die Basis dafür dar, dass die Raiffeisenlandesbank OÖ die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich meistern wird.

Risikobericht

Risiken von Finanzinstrumenten

Um eine vollständige und zeitnahe Kenntnis der wirtschaftlichen Situation, insbesondere der Risikosituation der einzelnen Mitglieder des B-IPS, aber auch des B-IPS in seiner Gesamtheit zu haben, ist das Früherkennungssystem ein wesentlicher Eckpfeiler des B-IPS. Die ÖRE betreibt ein Früherkennungssystem im Rahmen der Einlagensicherung der Raiffeisen-Bankengruppe. Die Mitglieder des B-IPS kommen mit der ÖRE überein, dass dieses Früherkennungssystem als Bestandteil des Früherkennungssystems des B-IPS verwendet wird.

Grundsätze der Früherkennung

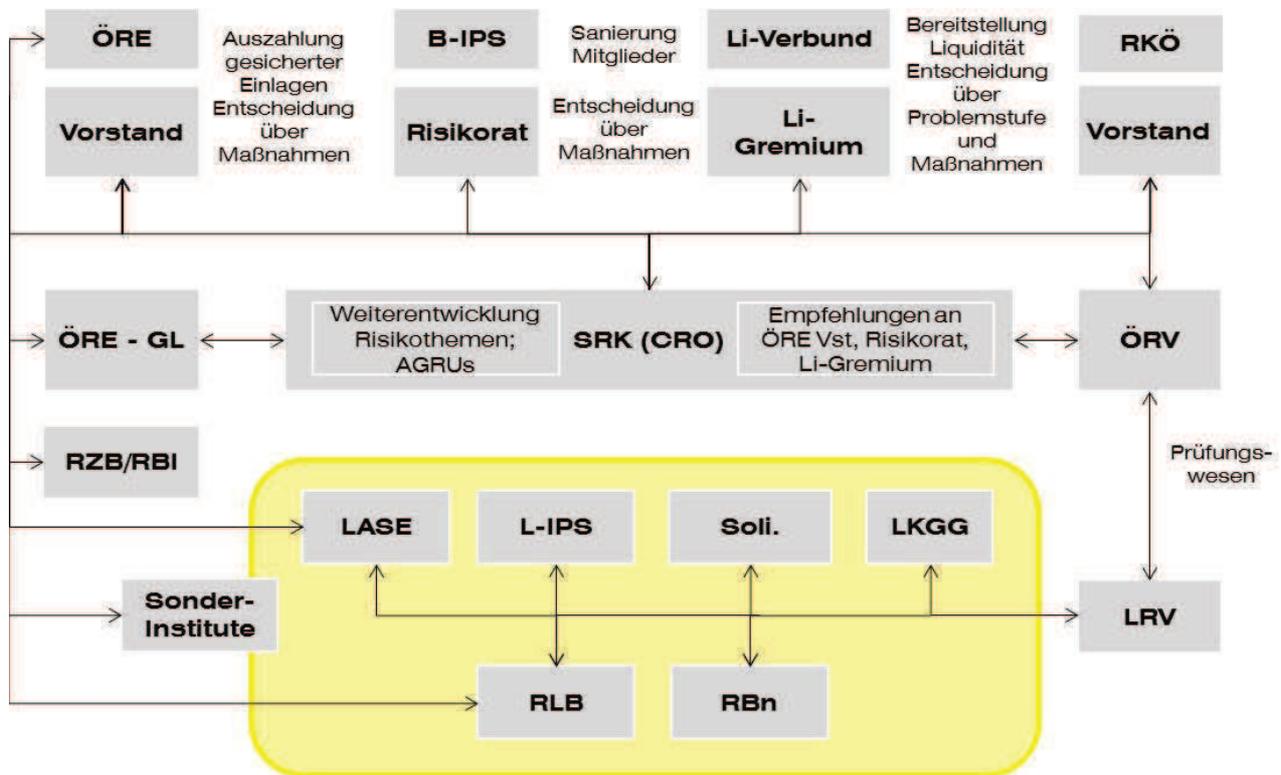
Unter dem Begriff „Früherkennung“ wird die Notwendigkeit, bei den Mitgliedern des B-IPS, aber auch beim B-IPS in seiner Gesamtheit den Fall ökonomischer Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen, verstanden. Unter dem Begriff „ökonomische Fehlentwicklung“ sind Ereignisse, Sachverhalte, Umstände, Faktoren sowie wirtschaftliche Kräfte zu verstehen, die bei Fortdauer oder Fortwirkung kurz- bis mittelfristig die wirtschaftliche Gesundheit sowie die Risikotragfähigkeit eines Mitgliedes und/oder des B-IPS in seiner Gesamtheit in ökonomisch nennenswerter Weise gefährden oder gefährden können. Ein wesentlicher Indikator für eine ökonomische Fehlentwicklung ist insbesondere, wenn ein festgelegter Grenzwert und/oder eine Kennziffer in ökonomisch nennenswerter Weise verletzt sind. Gegenstand der Früherkennung ist es, ökonomische Fehlentwicklungen im oben definierten Sinn möglichst rasch, zeitnah und schon im Keim zu erkennen und darüber zu berichten und entsprechende Sanierungsmaßnahmen und Sanierungskonzepte vorzuschlagen, einzuleiten bzw. umzusetzen.

Die genannte Verpflichtung trifft die ÖRE hinsichtlich aller Mitglieder des B-IPS und des B-IPS in seiner Gesamtheit sowie jedes Mitglied hinsichtlich seiner eigenen wirtschaftlichen Situation.

Die ÖRE verfügt über ein System von Risikoprinzipien sowie Risikomessungs- und Überwachungsverfahren mit dem Ziel, die wesentlichen Risiken aller B-IPS Mitglieder zu kontrollieren und zu analysieren. Die Risikopolitik und die Grundsätze des Risikomanagements werden in den einzelnen Instituten der B-IPS Mitglieder festgelegt.

Organisation des Risikomanagements

Die ÖRE hat sich durch Mitunterfertigung des B-IPS Vertrages dazu verpflichtet, das von ihr eingerichtete Früherkennungssystem als Früherkennungssystem für das B-IPS zu betreiben. Teil des Früherkennungssystems B-IPS ist die Festsetzung von ÖRE Standards, die Grenzwerte und Kennziffern zur Früherkennung definieren, sowie deren Aktualisierung. Der Risikorat ist jederzeit berechtigt, diese ÖRE Standards, Kennziffern und Grenzwerte für den Anwendungsbereich des B-IPS zu modifizieren.



Die ÖRE gewährleistet, dass das Früherkennungssystem des B-IPS den gesetzlichen Anforderungen des IPS Rechtsrahmens voll entspricht. Sollten sich die gesetzlichen, regulatorischen und/oder vertraglichen Anforderungen an das Früherkennungssystem des B-IPS ändern, wird die ÖRE diese im Einvernehmen mit dem Risikorat umsetzen.

Im Rahmen des von ihr betriebenen Früherkennungssystems für B-IPS erstellt die ÖRE eine quartalsweise aktualisierte umfassende ökonomische Bewertung der Mitglieder des B-IPS sowie des B-IPS in seiner Gesamtheit und stellt diese dem Risikorat zur Verfügung. Diese Quartalsberichte werden gleichzeitig mit der Vorlage an den Risikorat auch dem Generalrevisor des ÖRV seitens der ÖRE zur Verfügung gestellt.

Liegt eine ökonomische Fehlentwicklung, insbesondere eine Verletzung der im Rahmen der jeweiligen ÖRE Standards festgelegten Grenzwerte und Kennziffern in ökonomisch nennenswerter Weise vor, wird die ÖRE umgehend den Risikorat hiervon informieren.

Die Mitglieder des B-IPS werden mit der ÖRE im Betrieb des Früherkennungssystems B-IPS zusammenarbeiten und in Erfüllung des Vertrages und/oder gesetzlicher und/oder regulatorischer, von Zeit zu Zeit in Kraft stehender Verpflichtungen, der ÖRE alle hierfür notwendigen Daten zur Verfügung stellen und das auf Solobasis, konsolidiert als KI-Gruppe sowie im Bedarfsfall auf Ebene der Mitglieder der KI-Gruppe auf Solobasis.

Die ÖRE ist auch die Drehscheibe dieses Informationsaustausches. Sie ist berechtigt und verpflichtet, dem Risikorat Auskunft über die von ihr gesammelten Daten der Mitglieder des B-IPS und deren KI-Gruppen sowie im Anlassfall auf Ebene der Mitglieder der KI-Gruppe auf Solobasis zu geben.

Nachstehend ist die betreffend der Risikothesen implementierte Gremialstruktur in der Raiffeisen Bankengruppe überblicksmäßig dargestellt:

Zusätzlich existieren in den verschiedenen Mitgliederinstituten lokale Risikomanagement-Einheiten. Diese implementieren die Risikopolitik in den jeweiligen Risikokategorien und steuern das Geschäft, um die aus der Geschäftspolitik resultierenden Ziele zu erfüllen. Zu diesem Zweck überwachen sie die entstehenden Risiken mithilfe standardisierter Messmethoden und melden diese auch über definierte Reporting-Schnittstellen an die ÖRE.

Die im Bankwesengesetz geforderte Funktion des zentralen und unabhängigen Risikocontrollings wird durch die ÖRE ausgeübt. Dessen Aufgaben umfassen die Erstellung des IPS-weiten und risikokategorieübergreifenden Regelwerks zur

Kapital- und Risikouberwachung und die unabhängige und neutrale Berichterstattung über das Risikoprofil an den Risikorat.

Risikorat

Im Rahmen des B-IPS wird als Entscheidungsgremium der Risikorat eingerichtet. Er entscheidet in allen Angelegenheiten. Seine Entscheidungen werden unter Berücksichtigung der Risikoaspekte und auf Basis der Vorbereitung im Sektorrisikokomitee getroffen. Die Mitglieder werden ihre jeweiligen Generaldirektoren oder Vorstandssprecher in den Risikorat entsenden (im Folgenden „Ratsmitglieder“ genannt). Die Mitglieder sind verpflichtet, für die Teilnahme an Sitzungen zu sorgen. Im Verhinderungsfall hat sich ein Ratsmitglied durch ein anderes Mitglied seiner Geschäftsleitung vertreten zu lassen. Für B-IPS Mitglieder aus derselben KI-Gruppe werden gemeinsam nur ein Ratsmitglied in den Risikorat entsendet. Das übergeordnete Kreditinstitut hat dem Risikorat mitzuteilen, welches B-IPS Mitglied das Ratsmitglied entsendet, das die KI-Gruppe im Risikorat repräsentiert. Die Interessen der ZVEZA werden durch RZB wahrgenommen.

Tourliche Agenda des Risikorates:

- Kapital- und Risikolage sowie wesentliche qualitative Punkte je Mitglied (v.a. Entwicklung Kapitalplan)
- Kapital- und Risikolage des B-IPS
- Entwicklung Stufen Beitragsleistung
- Ausblick künftiger Entwicklungen

Basis für sämtliche in diesem Kapitel dargestellten Prozesse und Regelungen ist die zwischen den Mitgliedsinstituten abgeschlossene Vereinbarung über die Errichtung eines „Institutsbezogenen Sicherungssystems“ oder „Institutional Protection Scheme“ (IPS-Vertrag).

Sektorrisikokomitee

Dem Sektorrisikokomitee (SRK) obliegt die Auswertung bzw. Kommentierung der Risikoberichte pro Bundesland. Grundlage dafür sind insbesondere die Berichte Melderichtlinie der ÖRE, erstellte Auswertungen seitens der ÖRE als auch die Berichte der SRK-Mitglieder über die jeweilige Situation der Landesbank/RZB. Berichte seitens des Österreichischen Raiffeisenverbandes (ÖRV) werden dabei ebenso berücksichtigt. Gegebenenfalls werden Empfehlungen und Maßnahmen ausgearbeitet und dem Risikorat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Hinsichtlich risikorelevanter Themen ist das Sektorrisikokomitee für die inhaltliche Weiterentwicklung zuständig. Es hat die Priorisierung der Themen vorzunehmen und gegebenenfalls Sub-Arbeitsgruppen zu bilden.

Die im Rahmen des Früherkennungssystems erhaltenen Informationen sind ausschließlich für die Zwecke des Früherkennungssystems zu verwenden und streng vertraulich zu behandeln. Jedes Mitglied des Sektorrisikokomitees hat sich zur Geheimhaltung zu verpflichten.

Qualitätssicherung und Revision

Qualitätssicherung in Bezug auf Risikomanagement bedeutet die Sicherstellung der Integrität, Zuverlässigkeit und Fehlerfreiheit von Prozessen, Modellen, Berechnungsvorgängen und Datenquellen. Dies soll die Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben seitens des B-IPS und die Erfüllung höchster Qualitätsanforderungen in Bezug auf die Früherkennungsaktivitäten gewährleisten.

Die Koordination dieser Aspekte erfolgt durch ÖRE, die das interne Kontrollsystem laufend analysiert und – falls daraus Anpassungsbedarf resultiert – auch für die Überwachung der Umsetzung verantwortlich ist.

Die ÖRE verantwortet alle Themenstellungen rund um die Einhaltung gesetzlicher Anforderungen in Ergänzung zum und als Bestandteil des internen Kontrollsystems. Damit wird die Einhaltung der bestehenden Regelungen in den Abläufen überwacht.

Darüber hinaus wird im Rahmen der Jahresabschlussprüfung durch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften bzw. externe Revisoren bei den Mitgliedsinstituten eine gänzlich unabhängige und objektive Prüfung frei von potenziellen Interessenkonflikten durchgeführt. Schließlich unterliegt das B-IPS auch der laufenden Überwachung durch die österreichische Finanzmarktaufsicht.

Gemeinsame Risikobeobachtung

Die gemeinsame Risikobeobachtung der RBG erfolgt im Rahmen des Sektorrisikokomitees. Zu den quartalsweise stattfindenden Sitzungen wird für die gesamte RBG ein Risikobericht auf individueller und konsolidierter Basis erstellt, der sowohl einen Value at Risk als auch einen ökonomischen Kapitalansatz umfasst. Der Risikobericht beinhaltet neben dem Gesamtrisiko und dessen Abgleich mit der Risikotragfähigkeit Detailberichte zu allen wesentlichen Risiken, insbesondere zum Kredit- und Länderrisiko, Beteiligungsrisiko, Marktrisiko und dem operationellen Risiko. Ebenso ist das Liquiditätsrisiko unter verschiedenen Szenarien Gegenstand der Betrachtung. Neben einem regelmäßigen Monitoring der Risikoverläufe und diesbezüglicher Grenzwerte ergänzen ein Bilanzkennziffern- und Benchmark-basiertes Frühwarnsystem, Stresstests sowie eine aktive Marktbeobachtung und ein Großexposure-Monitoring die gemeinsame Risikoüberwachung der RBG. Das Sektorrisikokomitee fungiert unter anderem als „Beirat“ des Vorstandes der Österreichischen Raiffeisen-Einlagensicherung eGen (ÖRE) in Risikoangelegenheiten.

Risikosteuerung

Die Sicherstellung einer angemessenen Kapitalausstattung ist eines der wesentlichen Ziele des B-IPS. Die erforderliche Kapitalausstattung wird dazu regelmäßig auf Basis des Value-at-Risk Konzepts ermittelten Risikos beurteilt, wobei auf die Wesentlichkeit der Risiken Rücksicht genommen wird. Dieses Konzept zur IPS-Risikosteuerung berücksichtigt die Kapitalerfordernisse sowohl aus regulatorischer Sicht (Normalfall- und Problemfall-Perspektive) als auch unter einem ökonomischen Gesichtspunkt (Extremfall-Perspektive). Es entspricht damit dem quantitativen Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit der internen Kapitalausstattung (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP), wie gesetzlich gefordert. Der gesamte ICAAP-Prozess des B-IPS wird jährlich im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Evaluierung der einzelnen B-IPS Mitglieder geprüft.

Ziel	Risiko	Messmethode	Konfidenzniveau
Extremfall-Perspektive	Risiko, die Forderungen vorrangiger Gläubiger nicht bedienen zu können	Der unerwartete und erwartete Verlust für den Risikohorizont von einem Jahr darf die Summe aus Betriebsergebnis, Dotierung/Auflösung von Einzelwertberichtigungen, anrechenbaren Eigenmitteln, stillen Reserven und gebildeten Vorsorgen für die lebenden Ratingklassen nicht überschreiten.	99,9 Prozent abgeleitet von der Ausfallswahrscheinlichkeit des angestrebten Ratings
Problemfall-Perspektive	Risiko, das Kapitalerfordernis entsprechend den CRR-Regelungen zu unterschreiten	Die Risikotragfähigkeit (erwartetes Betriebsergebnis, Dotierung/Auflösung von Einzelwertberichtigungen, nicht für aufsichtsrechtliche Zwecke gebundenes Kapital, stille Reserven und gebildeten Vorsorgen für die lebenden Ratingklassen) muss den Value at Risk (Risikohorizont: 1 Jahr) des B-IPS übersteigen.	95 Prozent – unterstellt die Bereitschaft der Eigentümer, zusätzliche Eigenmittel zur Verfügung zu stellen
Nachhaltigkeits-Perspektive (Stresstest)	Risiko, eine nachhaltige Kernkapitalquote über den Konjunkturzyklus hinweg zu unterschreiten	Kapital- und Ertragsprognose für die dreijährige Planungsperiode bei Annahme eines signifikanten makroökonomischen Abschwungs.	70–90 Prozent – basierend auf der Managemententscheidung, potenziell temporäre Risikoreduktionen oder stabilisierende Eigenkapitalmaßnahmen vorzunehmen

Extremfall-Perspektive

In der Extremfall-Perspektive werden Risiken durch das ökonomische Kapital gemessen, das eine vergleichbare Risikokennzahl für alle Risikoarten darstellt. Es wird als die Summe von erwarteten und unerwarteten Verlusten abzüglich für ausgefallene Forderungen gebildeten Vorsorgen aus den Geschäften aller B-IPS Mitglieder in den unterschiedlichen Risikokategorien (Kredit-, Länder-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts-, makroökonomisches- und operationelles Risiko) berechnet. Zusätzlich fließt ein allgemeiner Puffer für andere Risikoarten ein, die nicht explizit quantifiziert werden.

Ziel der Berechnung des ökonomischen Kapitals ist die Ermittlung des Kapitals, das für die Bedienung aller Ansprüche von Kunden und Kreditoren auch bei einem derart seltenen Verlustereignis erforderlich wäre. Das B-IPS wendet bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals ein Konfidenzniveau von 99,9 Prozent an, welches sich aus von der Ausfallswahrscheinlichkeit des angestrebten Ratings ableitet.

Im Jahresverlauf verringerte sich das ökonomische Kapital. Die wesentlichen Faktoren für den Rückgang waren der Rückgang der Kreditexposures aufgrund der Abwertung des russischen Rubel und der ukrainischen Hryvna. Der Abwer-

tungseffekt wurde allerdings, aufgrund der im Dezember besonders hohen Volatilität des russischen Rubels, durch das zum Stichtag stark angestiegene Marktrisiko teilweise kompensiert.

Dem ökonomischen Kapital steht die Deckungsmasse gegenüber, die hauptsächlich das Eigen- und Nachrangkapital des B-IPS umfasst und im Verlustfall als primäre Risikodeckungsmasse für die Bedienung von Verpflichtungen gegenüber vorrangigen Gläubigern dient. Die gesamte Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Risikokapitals (das Verhältnis von ökonomischem Kapital zu Deckungsmasse) beträgt zum Jahresultimo rund 92 Prozent.

Anteile der einzelnen Risikoarten am ökonomischen Kapital:

in € Tausend	2014	Anteil
Kreditrisiko Unternehmen	12.437.694	70,1%
Kreditrisiko Kreditinstitute	1.056.191	6,0%
Kreditrisiko Staaten	694.129	3,9%
Kreditrisiko Retail	2.882.647	16,3%
Kreditrisiko LRG	175.086	1,0%
Kreditrisiko CIU's	9.673	0,1%
Vorsorge ausgefallenen Forderungen	-6.773.231	-38,2%
Länderrisiko	685.060	3,9%
Beteiligungsrisiko	1.802.995	10,2%
Marktrisiko	1.650.117	9,3%
Operationelles Risiko	1.085.130	6,1%
Liquiditätsrisiko	197.587	1,1%
Makroökonomisches Risiko	990.489	5,6%
Risikopuffer	844.678	4,8%
Gesamt	17.738.245	100,0%

Going-Concern-Perspektive

Parallel zur Extremfall-Perspektive erfolgt die Beurteilung der angemessenen Kapitalausstattung mit Fokus auf den Fortbestand des B-IPS auf Basis des Going-Concern-Prinzips. Hier wird das Risiko wiederum einer entsprechenden Risikotragfähigkeit – mit Blick auf das regulatorische Eigenkapital- und Eigenmittelerfordernis – gegenübergestellt.

Dem Absicherungsziel folgend, werden erwartetes Betriebsergebnis, Risikovorsorgen, überschüssige Eigenmittel (unter Berücksichtigung der diversen Anrechnungsgrenzen) und stille Reserven zur Risikotragfähigkeit gezählt. Dem wird ein Value at Risk (erwarteter und unerwarteter Verluste) gegenübergestellt, dessen Berechnung auf vergleichbaren Verfahren (mit geringerem Konfidenzniveau von 95 Prozent) wie den in der Zielrating-Perspektive angewendeten beruht. Mit diesem Ansatz sichert das B-IPS die ausreichende Kapitalisierung aus regulatorischer Sicht (Going-Concern) mit dem gewünschten Wahrscheinlichkeitsniveau ab.

Nachhaltigkeits-Perspektive (Stresstest)

Die Stress-Perspektive soll sicherstellen, dass das B-IPS am Ende der mehrjährigen Planungsperiode auch in einem sich unerwartet verschlechternden makroökonomischen Umfeld über ausreichend hohe Kapitalquoten verfügt. Die Analyse basiert hier auf einem mehrjährig angelegten makroökonomischen Stresstest, in dem hypothetische Marktentwicklungen bei einem signifikanten, aber realistischen wirtschaftlichen Abschwung simuliert werden. Als Risikoparameter kommen dabei u.a. Zinskurven, Wechselkurse und Credit Spreads, aber auch Änderungen der Ausfallwahrscheinlichkeiten im Kreditportfolio zum Einsatz.

Das Hauptaugenmerk dieses integrierten risikoartenübergreifenden Stresstests gilt den resultierenden Kapitalquoten am Ende der mehrjährigen Betrachtung. Diese soll einen nachhaltigen Wert nicht unterschreiten und somit keine substanziellen Maßnahmen zur Wiederherstellung notwendig machen. Die aktuell erforderliche Kapitalausstattung resultiert damit aus dem wirtschaftlichen Rückschlagpotenzial.

Diese Perspektive ergänzt somit die sonst übliche Risikomessung auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts (das im Wesentlichen auf historischen Daten beruht). Dadurch können auch außergewöhnliche und in der Vergangenheit nicht beobachtbare Marktsituationen abgedeckt und potenzielle Auswirkungen dieser Entwicklungen abgeschätzt werden. Der Stresstest ermöglicht auch die Analyse von Risikokonzentrationen (z.B. in Einzelpositionen) und erlaubt einen Einblick in die Profitabilität, Liquidität und Solvabilität bei außergewöhnlichen Umständen.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko des B-IPS betrifft vornehmlich Ausfallrisiken, die sich aus Geschäften mit Privat- und Firmenkunden, anderen Banken und öffentlichen Kreditnehmern ergeben. Es ist die mit Abstand wichtigste Risikokategorie des B-IPS, was auch aus dem internen und regulatorischen Kapitalerfordernis ersichtlich ist. Kreditrisiken im B-IPS werden durch die B-IPS Mitglieder überwacht und analysiert. Grundlage für die Kreditrisikosteuerung und für Kreditentscheidungen sind die Kreditrisikopolitik, die Kreditrisikohandbücher und die zu diesem Zweck entwickelten Kreditrisikomanagementmethoden und -prozesse.

Der Kreditentscheidungsprozess und das Kreditportfoliomanagement sind in der Kompetenz der B-IPS Mitglieder.

Die detaillierte Analyse des Kreditportfolios erfolgt anhand der Unterteilung in Ratingstufen. Das Kundenrating erfolgt dabei für die unterschiedlichen Forderungsklassen getrennt. Für die Bonitätsbeurteilung werden dafür jeweils interne bei den B-IPS Mitgliedern Risikoklassifizierungsverfahren (Ratingmodelle) eingesetzt. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Ratingstufen werden nach Geschäftssegmenten getrennt ermittelt. Wahrscheinlichkeiten der gleichen ordinalen Ratingeinstufung (z.B. Gute Kreditwürdigkeit 1,5 für Unternehmen, A3 für Kreditinstitute und A3 für den öffentlichen Sektor) sind daher zwischen den Segmenten nicht direkt vergleichbar.

Die Ratingmodelle für Kreditinstitute und öffentlicher Sektor – sind IPS-weit einheitliche Mess- und Ratingverfahren und sehen jeweils 12 Bonitätsstufen vor. Diese basieren auf den Modellen der RBI/RZB.

Die Ausfallwahrscheinlichkeiten (PDs) in den Forderungsklassen Retail selbstständig, Retail unselbstständig sowie Corporates werden von der ÖRE für die RBG einheitlich je Ratingklasse erstellt und mittels entsprechenden Modellen validiert.

Die folgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo. Dieses umfasst sowohl das bilanzielle als auch das gewichtete außerbilanzielle Kreditexposure dar.. Nicht enthalten sind Effekte der Kreditrisikominimierung wie z.B. persönliche und dingliche Sicherheiten, die in der Gesamtbeurteilung des Kreditrisikos ebenfalls berücksichtigt werden.

Kreditportfolio – Unternehmen

Die nachstehende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo nach den neun Performing Ratingklassen 0,5 - 4,5 bzw. der drei Ausfallsklassen für Unternehmen:

in € Tausend		2014	Anteil
0,5	Minimales Risiko	20.164.664	18,9%
1,0	Exzellente Kreditwürdigkeit	4.649.100	4,4%
1,5	Sehr gute Kreditwürdigkeit	18.365.998	17,2%
2,0	Gute Kreditwürdigkeit	18.484.144	17,3%
2,5	Intakte Kreditwürdigkeit	13.706.079	12,9%
3,0	Akzeptable Kreditwürdigkeit	8.370.236	7,8%
3,5	Knappe Kreditwürdigkeit	5.772.898	5,4%
4,0	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	3.403.013	3,2%
4,5	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	2.642.340	2,5%
5,0	90 Tage überfällig	6.864.021	6,4%
5,1	Andere Ausfallsgründe	2.439.152	2,3%
5,2	Insolvenz, Abschreibung	666.132	0,6%
NR	Nicht geratet	1.130.719	1,1%
Gesamt		106.658.496	100,0%

Kreditportfolio – Retail-Kunden

Die Forderungsklasse Retail-Kunden unterteilt sich in selbständige und unselbständige. Die folgende Tabelle zeigt die Retail-Forderungen des B-IPS:

in € Tausend	2014	Anteil
Retail-Kunden – selbständig	7.551.543	17,6%
Retail-Kunden – unselbständig	35.396.781	82,4%
Gesamt	42.948.323	100,0%
davon notleidende Kredite	2.216.035	5,2%
davon Einzelwertberichtigungen	1.935.870	4,5%
davon Portfolio-Wertberichtigungen	626.136	1,5%

Zum Jahresende 2014 verzeichnete das Retail-Kreditportfolio mit einem Volumen von insgesamt €42.948.323 Tausend verzeichnete einen Rückgang, der sich zum Großteil aus dem Rückgang in Russland aufgrund der Währungsabwertung des russischen Rubels ergab und durch den Anstieg in Südosteuropa teilweise kompensiert wurde. Negativ wirkte ebenfalls die Entwicklung der ukrainischen Hryvna.

Kreditportfolio – Kreditinstitute

Die Forderungskategorie Kreditinstitute enthält in der Mehrzahl Banken und Wertpapierunternehmen. Das interne Ratingmodell der RBI/RZB für diese Finanzinstitute basiert auf einem Peer-Group-orientierten Ansatz, in dem sowohl qualitative als auch quantitative Informationen berücksichtigt werden. Das finale Rating für diese Kundengruppe ist durch das Länderrating des jeweiligen Heimatlandes begrenzt.

Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo an Kreditinstitute nach dem internen Rating dar. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten in dieser Assetklasse werden aufgrund der geringen Anzahl an Kunden (und an beobachtbaren Ausfällen) in einzelnen Ratingstufen durch eine Kombination interner und externer Daten ermittelt.

in € Tausend	2014	Anteil
A1 Ausgezeichnete Bonität	681.091	1,9%
A2 Sehr gute Bonität	3.694.720	10,1%
A3 Gute Bonität	10.574.187	28,8%
B1 Solide Bonität	11.139.265	30,4%
B2 Zufriedenstellende Bonität	5.446.606	14,9%
B3 Adäquate Bonität	1.862.708	5,1%
B4 Fragliche Bonität	529.288	1,4%
B5 Höchst fragliche Bonität	505.835	1,4%
C Ausfallgefährdet	726.902	2,0%
D Ausfall	373.645	1,0%
NR Nicht geratet	1.141.878	3,1%
Gesamt	36.676.127	100,0%

Kreditportfolio – Öffentlicher Sektor

Eine weitere Kundengruppe stellen souveräne Staaten, Zentralbanken und regionale Gebietskörperschaften bzw. andere staatenähnliche Organisationen dar. Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach dem internen Rating dar. Da Ausfälle in dieser Assetklasse historisch nur selten beobachtbar waren, werden die Ausfallwahrscheinlichkeiten unter Zuhilfenahme des kompletten Datenuniversums externer Ratingagenturen ermittelt.

in € Tausend	2014	Anteil
A1 Ausgezeichnete Bonität	19.299.191	39,7%
A2 Sehr hohe Bonität	8.060.164	16,6%
A3 Gute Bonität	5.421.726	11,2%
B1 Solide Bonität	3.534.629	7,3%
B2 Zufriedenstellende Bonität	4.133.242	8,5%
B3 Adäquate Bonität	2.413.208	5,0%
B4 Fragliche Bonität	4.230.497	8,7%
B5 Höchst fragliche Bonität	1.009.838	2,1%
C Ausfallgefährdet	371.285	0,8%
D Ausfall	111.144	0,2%
NR Nicht geratet	12.245	0,0%
Gesamt	48.597.168	100,0%

Das Kreditobligo aus dem öffentlichen Sektor belief sich zum Jahresende 2014 auf €48.597.168 Tausend, dies entsprach einem Anteil von 20,6 Prozent am gesamten Kreditobligo.

Kreditrisikominderung

Die Unterlegung von Krediten mit Kreditsicherheiten ist eine wesentliche Strategie und eine aktiv verfolgte Maßnahme zur Reduktion des potenziellen Kreditrisikos. Der Sicherheitenwert und die Effekte anderer risikomindernder Maßnahmen werden während der Kreditentscheidung beurteilt. Als risikomindernd wird dabei jeweils der Wert angesetzt, den das B-IPS Institutsmitglied bei Verwertung innerhalb einer angemessenen Zeitspanne erwartet. Die anerkannten Sicherheiten sind in den Sicherheitenkatalog und den dazugehörigen Bewertungsrichtlinien der B-IPS Mitgliedsinstitute festgelegt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich der gebildeten Kreditrisikovorsorgen (Netto-Obligo), das zusätzliche außerbilanzielle Obligo (Eventualverbindlichkeiten, Kreditrisiken und widerrufliche Kreditzusagen) und die internen Sicherheiten stellen sich wie folgt dar:

2014 in € Tausend	Maximales Kreditobligo		interne Sicherheiten
	Netto-Obligo	Gewichteter Rahmen	
Kreditinstitute	34.843.966	1.592.958	14.657.119
Öffentlicher Sektor	43.217.070	5.321.386	816.412
Unternehmen	87.096.727	13.456.241	34.285.774
Retail-Kunden – selbständig	6.084.934	877.538	4.363.094
Retail-Kunden – unselbständig	31.353.207	2.070.638	15.843.870
Gesamt	202.595.905	23.318.761	69.966.269

Problemkreditmanagement

Das Kreditportfolio und die Kreditnehmer unterliegen einer laufenden Überwachung. Wesentliche Ziele dieses Monitorings sind es, die widmungsgemäße Verwendung der Kredite sicherzustellen und die wirtschaftliche Situation der Kreditnehmer zu verfolgen. Bei den Non-Retail-Segmenten Firmenkunden, Kreditinstitute und öffentlicher Sektor wird zumindest einmal jährlich eine derartige Kreditüberprüfung durchgeführt. Sie umfasst sowohl die erneute Bonitätseinstufung als auch die Neubewertung von finanziellen und dinglichen Sicherheiten.

Das Problemkreditmanagement wird grundsätzlich dezentral von den einzelnen B-IPS Mitgliedern gesteuert.

Ausgefallene notleidende Kredite (NPL) und Kreditrisikovorsorgen

Ein Ausfall und somit ein notleidender Kredit (Non-performing Loan, NPL) ist nach Artikel 178 CRR gegeben, wenn davon auszugehen ist, dass ein Kunde seinen Kreditverpflichtungen gegenüber der Bank nicht in voller Höhe nachkommen wird oder mit einer wesentlichen Forderung der Bank mindestens 90 Tage in Verzug ist. Im B-IPS werden dabei für die Bestimmung eines Forderungsausfalls bei Non-Retail-Kunden zwölf verschiedene Indikatoren verwendet. So gilt es z.B. als Forderungsausfall, wenn ein Kunde in ein Insolvenz- oder ähnliches Verfahren involviert ist, eine Wertberichtigung oder Direktabschreibung einer Kundenforderung vorgenommen werden musste, eine Kundenforderung als nicht vollständig einbringlich gewertet hat oder die Sanierung eines Kunden erwägt wird.

Risikovorsorgen werden im Einklang mit definierten Richtlinien in den Mitgliederinstituten des B-IPS gebildet und decken alle erkennbaren Kreditrisiken ab.

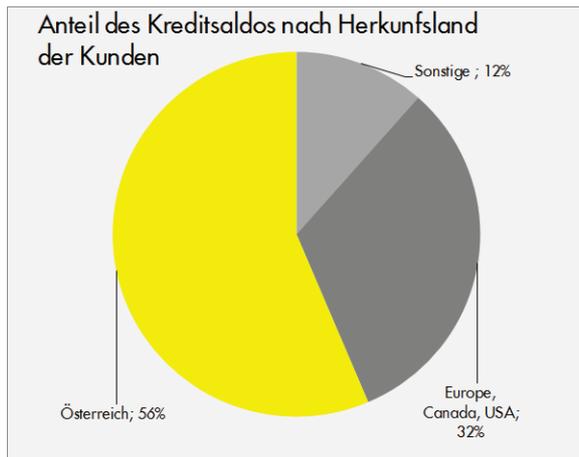
Die nachstehende Tabelle stellt den Anteil der notleidenden Kredite unter den Ausleihungen der dargestellten Assetklassen aus den Bilanzposten Forderungen an Kunden und Forderungen an Kreditinstitute (ohne außerbilanzielle Geschäfte) dar:

in € Tausend	NPL	NPL Ratio	NPL Coverage Ratio
	2014	2014	2014
Firmenkunden	9.779.255	7,2%	55,2%
Retail-Kunden	2.207.784	1,6%	87,1%
Öffentlicher Sektor	109.014	0,1%	41,1%
Summe Nichtbanken	12.096.054	8,9%	64,2%
Kreditinstitute	369.196	1,7%	64,6%
Gesamt	12.465.249	10,6%	61,0%

Länderrisiko

Das Länderrisiko umfasst das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko sowie das politische Risiko. Es resultiert aus grenzüberschreitenden Transaktionen oder aus Direktinvestitionen in Drittstaaten. Das B-IPS ist diesem Risiko durch seine Geschäftstätigkeit in den Konvergenzmärkten Zentral- und Osteuropas ausgesetzt, in denen die politischen und wirtschaftlichen Risiken weiterhin zum Teil als vergleichsweise signifikant angesehen werden.

Die aktive Länderrisikosteuerung erfolgt bei den Mitgliedern im B-IPS. Unabhängig von der Limitierung wird das Länderrisiko im Rahmen der Problem- und Extremfall Perspektive durch einen zusätzlichen Risikoaufschlag für „Crossborder“-Risiken berücksichtigt, da im Rahmen der Ratingeinstufungen politische Risiken sowie Transfer- und Konvertierungsrisiken durch etwaiges Ceilings (Deckelung der Endnote im Rahmen der Bonitätsbeurteilung der Einzelkunden durch das Rating des Sovereigns) im Ratingansatz in der Regel nicht zur Gänze berücksichtigt wird.



Marktrisiko

Das B-IPS definiert Marktrisiko als die potenziell mögliche negative Veränderung des Marktpreises der Handels- und Investmentpositionen. Das Marktrisiko wird durch Schwankungen der Wechselkurse, Zinssätze, Credit Spreads, Aktienpreise und Warenpreise sowie anderer relevanter Marktparameter, wie z.B. impliziter Volatilitäten, bestimmt.

Organisation des Marktrisikomanagements

Alle Marktrisiken werden auf B-IPS-Ebene gemessen und überwacht. Die Steuerung findet bei den einzelnen B-IPS Mitgliedern statt.

Die Berechnung des Marktrisikos erfolgt entsprechend den definierten Konfidenzintervallen. Für das Bankbuch wird mit einer Haltedauer von 180 Tagen gerechnet, für das Handelsbuch wird das Eigenmittelerfordernis für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiko abzüglich Eigenmittelerfordernis für Fremdwährungen herangezogen.

Value at Risk (VaR)

Nachstehende Tabelle stellt die Risikokennzahlen (VaR 99,9 Prozent 1Tag) für das Marktrisiko der Bankbücher je Risikoart dar.

Bankbuch VaR 99,9% 1d in € Tausend	VaR per 31.12.2014
Zinsrisiko	33.038
Credit Spread Risk	63.208
Gesamt	96.246

Die geopolitische Krise (Besetzung der Krim, Krieg in der Ukraine, politische Sanktionen gegen Russland) und die damit verbundenen Marktbewegungen begründen das gestiegene Marktrisiko, vor allem den Anstieg der strukturellen FX-Risiken (ukrainische Hryvna und russischer Rubel).

Währungsrisiko/Offene Devisenposition

Das Währungsrisiko beschreibt das Risiko der Wertveränderung der Fremdwährungsposition bedingt durch Preisverschiebungen auf den Devisenkassamärkten und wird deshalb auch als Kursänderungsrisiko bezeichnet.

Preisänderungen auf den Devisenterminmärkten, welche bei inkongruenten Terminpositionen auch bei geschlossener Devisenposition zu einer Wertminderung führen können (Swapsatzrisiko), werden als Zinsänderungsrisiko gesehen. Die Tabelle zeigt die offenen Devisenpositionen in angeführten Währungen:

in € Tausend	2014
ALL	8.128
BAM	0
BGN	236.458
BYR	0
CNY	-861
CZK	-19.924
HRK	0
HUF	-139.507
PLN	1.620
RON	722
RSD	5.986
RUB	43.171
UAH	119.761
USD	-217.923

Das Währungsrisiko im engeren Sinn ist als die Gefahr von Verlusten aufgrund offener Devisenpositionen definiert. Währungsschwankungen wirken sich dabei aber sowohl auf die laufend erzielten Erträge als auch auf die anfallenden

Kosten aus. Sie beeinflussen weiters das Eigenmittelerfordernis von Aktivpositionen in Fremdwährungen, selbst wenn diese in derselben Währung refinanziert wurden und somit keine offene Devisenposition besteht.

Zinsrisiken im Bankbuch

Das Zinsänderungsrisiko beinhaltet die Gefahr, dass der erwartete oder geplante Wert bzw. Ertrag aufgrund einer Marktzensänderung nicht erreicht wird. Das Zinsänderungsrisiko enthält sowohl einen Einkommenseffekt (Nettozinsertrag) als auch einen Barwerteffekt.

Unterschiedliche Laufzeiten und Zinsanpassungskonditionen der angebotenen Produkte führen gemeinsam mit der Refinanzierung durch Kundeneinlagen sowie über die Geld- und Kapitalmärkte im B-IPS zu Zinsänderungsrisiken. Diese entstehen vorwiegend durch den nicht vollständigen Ausgleich der Zinssensitivität von erwarteten Zahlungen, deren Zinsanpassungsrhythmen und anderer optionaler Ausstattungsmerkmale. Für die Quantifizierung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch kommen neben der Value-at-Risk-Berechnung auch klassische Methoden der Kapital- und Zinsbindungsanalyse zur Anwendung. Seit dem Jahr 2002 besteht für das Zinsänderungsrisiko im Rahmen der Zinsrisikostatistik an die Aufsichtsbehörde ein quartalsweises Berichtswesen, das entsprechend den Erfordernissen der CRR-Richtlinien auch eine Barwertveränderung in Prozent der Eigenmittel beinhaltet. Notwendige Schlüsselannahmen für Fristigkeiten werden dabei im Einklang mit regulatorischen Vorgaben und aufgrund interner Statistiken und Erfahrungswerte getroffen.

Die aggregierte Barwertveränderung des Bankbuchs der B-IPS Mitglieder bei einer parallelen Zinserhöhung um einen Basispunkt wird in folgenden Tabellen für die Stichtage 31. Dezember 2014 dargestellt.

2014 in €	Summe	> 1 bis 2 J	> 2 bis 3 J	> 3 bis 5 J	> 5 bis 7 J	> 7 bis 10 J	> 10 bis 15 J	> 15 bis 20 J	Über 20 J
CAD	-581	-16	-1	-16	-1	-548	0	0	0
CHF	6.894	1.739	-942	797	-89	-653	676	3.684	1.683
EUR	257.457	2.001	22.616	24.617	66.079	-9.078	130.295	-226	21.154
GBP	-3.218	-1.026	-1.715	-2.741	189	-152	915	199	1.114
JPY	173	0	18	18	0	-445	241	0	342
USD	35.545	-13.672	2.291	-11.381	2.683	-5.977	43.259	14.834	3.508
Sonstige	59.511	-1.689	2.202	512	11.864	13.578	9.103	7.929	16.012

Preisrisiko

Unter dem Preisrisiko aus Wertpapieren versteht man die Gefahr, dass der Wert eines Portfolios (z.B. Aktien, Renten, Rohstoffe) aufgrund von Kurs- bzw. Zinsänderungen negativ beeinflusst wird. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf Kursänderungen, die nicht ausschließlich von der Bonität der jeweiligen Unternehmen abhängen (dieses Risiko wird als Kreditrisiko angesetzt), sondern von diversen technischen oder fundamentalen Gründen, Angeboten und Nachfragen etc., bestimmt werden.

Spreadrisiko

Spreadrisiko (Credit-Spreadrisiko) ist das Verlustrisiko aufgrund sich ändernder Marktpreise hervorgerufen durch Änderungen von Creditspreads bzw. der Spreadkurve im Vergleich zum risikofreien Zinssatz. Es kommt zu keiner Doppelzählung mit dem Kreditrisiko, weil auch bei unveränderter Bonität/Rating eine Marktschwankung durch sich veränderte Credit Spreads eintreten kann.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko umfasst das Risiko, dass die Bank ihre gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig und zeitgerecht erfüllen kann und dass im Falle unzureichender Marktliquidität Geschäfte nicht abgeschlossen werden können oder zu ungünstigeren Konditionen abgeschlossen werden müssen.

Das Liquiditätsrisiko umfasst folgende Teilrisiken:

- Zahlungsunfähigkeitsrisiko (Liquiditätsrisiko i.e.S.)
- Liquiditätsfristentransformationsrisiko (Liquiditätsrisiko i.w.S.)

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko schließt das Terminrisiko (unplanmäßige Verlängerung der Kapitalbindungsdauer von Aktivgeschäften) und Abrufisiko (vorzeitiger Abzug von Einlagen, unerwartete Inanspruchnahme von zugesagten Kreditlinien) ein. Unter dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko werden das Marktliquiditätsrisiko (Assets können nicht oder nur zu schlechteren Konditionen veräußert werden) und das Refinanzierungsrisiko (Anschlussfinanzierungen können nicht oder nur zu schlechteren Konditionen durchgeführt werden) verstanden.

Die Liquiditätssteuerung inklusive Fundingplanung und Emissionstätigkeit erfolgt dezentral durch die B-IPS Mitglieder.

Der Risikorat bedient sich zur Überwachung der Einhaltung sämtlicher Liquiditätserfordernisse auf B-IPS Ebene und auf Ebene seiner Mitglieder der ÖRE und des von dieser unter der Verantwortung des Risikorates betriebenen Früherkennungssystems. Der Risikorat bedient sich des auf Bundesebene bestehenden Liquiditätsverbundes zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Mitglieder.

Es entspricht dem Selbstverständnis der RZB als Zentralinstitut und Hüterin dieses Liquiditätsverbundes, dass dem Ersuchen eines angeschlossenen Kreditinstituts nach Bereitstellung weiterer Liquidität — im Bedarfs- wie im Notfall — bestmöglich entsprochen wird.

Sollten die Mittel des auf Bundesebene bestehenden Liquiditätsverbundes bzw. die Finanzierungsquellen der RZB nicht ausreichen, so wird der Risikorat eine B-IPS-Liquiditätshilfe vorschreiben. Diese ist also subsidiär zu den bereits auf Bundesebene im Rahmen des dort eingerichteten Liquiditätsverbundes gewährten Liquiditätshilfen zu beschließen, sofern und solange ein eingerichteter Liquiditätsverbund besteht bzw. ein Vertragspartner bei diesem Bundesliquiditätsverbund Mitglied ist.

Für eine möglichst umfassende Betrachtung der Liquiditätssituation wurden vier Szenarien definiert. (Normalfall, Systemkrise, Rufkrise, Kombinierte Krise). Allen Szenarien ist unterstellt, dass von der aktuellen Situation ausgehend eine Bestandsbetrachtung inklusive eingeschränkter Neugeschäftsannahmen (kundeninduziertes Neugeschäft) durchgeführt wird. Ziel der unterschiedlichen Szenarien ist die dem entsprechenden Marktumfeld angepasste Darstellung der Auswirkungen auf die Liquiditätsablaufbilanz hervorgerufen durch unterschiedliches Verhalten der Marktteilnehmer, insbesondere betreffend der nicht deterministisch festgelegten Cashflows, wie z.B. Spar- und Sichteinlagen

Die Risikomessmethode des ÖRE Liquiditätsrisikomanagements definiert sich für das B-IPS sowie deren Mitgliedern wie folgt:

Allen Szenarien ist unterstellt, dass von der aktuellen Situation ausgehend kein Neugeschäft durchgeführt wird. Die Szenarien unterscheiden sich jedoch durch unterschiedliche Auswirkung auf die bestehende Kapitalablaufbilanz (ON- und OFF Balance Positionen) in der jeweils angenommenen Stresssituation.

Im Rahmen der Risikobetrachtung werden die bestehenden Liquiditäts-GAPS (Überhänge bei Mittelzuflüssen und Mittelabflüssen) je definiertem Laufzeitband dem jeweils vorhandenen Liquiditätspuffer, bestehend aus einem Pool an hoch liquiden Assets (tenderfähige Wertpapiere, Credit Claims, usw.), unter Berücksichtigung der definierten Szenarien, gegenübergestellt.

Generell wird starkes Augenmerk auf die Liquiditätssicherung unter Betrachtung eines definierten Überlebenshorizonts („Survival Period“) gelegt. Dieser muss durch den vorhandenen Liquiditätspuffer gedeckt werden und leitet sich aus dem bestehenden Limitsystem ab. Die Survival Period ist mit einem Monat festgelegt.

Das Modell der Messmethodik wird in regelmäßigen Abständen überarbeitet und an veränderte Rahmenbedingungen angepasst. Des Weiteren ist ein umfassender Katalog an Liquiditätsfrühwarnindikatoren implementiert.

Für das Liquiditätsrisiko besteht für das B-IPS sowie deren Mitglieder ein detailliertes Limitsystem. Dieses unterscheidet gemäß den Vorgaben der EBA drei Liquiditätskennzahlen:

- Operative Liquiditätstransformation,
- Strukturelle Liquiditätstransformation,
- Gap über Bilanzsumme.

Die „Operative Liquiditätstransformation“ (O-LFT) beschreibt die operative Liquidität von 1 bis 18 Monate und wird als Quotient aus Aktiva und Passiva der kumulierten Laufzeitbänder gebildet. In der Position Aktiva werden für die O-LFT-Kennziffern auch die Positionen des Off-Balancesheets sowie der Liquiditätspuffer berücksichtigt. Dadurch ist ersichtlich, ob eine Bank ohne Neugeschäft (Rollover von Refinanzierungen) ihren kurzfristigen Auszahlungsverpflichtungen nachkommen kann.

Das zweite Modell, die „Strukturelle Liquiditätstransformation“ (S-LFT), stellt für alle Teilnehmer des B-IPS die langfristige Liquiditätssituation für Laufzeiten ab 18 Monaten dar. Diese wird als Quotient aus Passiva und Aktiva für Laufzeitbänder von 18 Monaten bis > 15 Jahre auf Einzelbasis und in aggregierter Form dargestellt. In der Position Aktiva werden für die S-LFT-Kennziffern auch die Position Off-Balancesheets sowie der Liquiditätspuffer berücksichtigt. Diese Kennzahl zeigt die laufzeitkongruente Refinanzierung der langfristigen Aktiva.

Die dritte Kennzahl für das Monitoring des Liquiditätsrisikos stellt der „GBS-Quotient“, auch „Gap über Bilanzsumme“ dar. Der Quotient des Gaps über die Bilanzsumme wird als Quotient aus Nettopositionen je Laufzeitband und Bilanzvolumen gebildet und zeigt ein eventuell überhöhtes Refinanzierungsrisiko in einem Laufzeitband an.

Dem stärkeren Fokus auf die operative Liquidität des B-IPS wird zusätzlich über die wöchentliche OeNB-Liquiditätsmeldung Rechnung getragen. Dabei werden die erwarteten Zahlungseingänge den erwarteten Zahlungsausgängen gegenübergestellt und mit dem vorhandenen Liquiditätspuffer abgeglichen (dynamische Betrachtung).

Ende 2014 wurde ebenso erstmals die Liquidity Coverage Ratio (LCR) für das B-IPS, unter Berücksichtigung der Anforderungen der Kapitaladäquanzverordnung und -richtlinie (CRR/CRD IV), der Implementing Technical Standards der EBA und der Kreditinstitute-Risikomanagementverordnung, die zur Umsetzung der CRD IV in österreichisches Recht dient, an die Aufsicht gemeldet. (B-IPS LCR per 31.12.2014 über alle Währungen: 109,31 %)

Für einen eventuellen Krisenfall wurde im Rahmen des Liquiditätsverbundes ein entsprechender Notfallplan festgelegt.

B-IPS 31.12.2014 in Mio. €	7d	1m	3m	6m	12m	2a	3a	5a	7a	10a	15a	20a	30a	>30a
Liquiditätsposition „Normalfall“ (kumuliert von vorne)	25.751	19.981	17.281	16.072	19.259	22.448	23.655	20.930	12.428	-3.780	-4.023	-5.977	-3.925	-4.526
Liquiditätsposition „Kombinierte Krise“ (kumuliert von vorne)	26.301	14.467	7.748	4.248	12.409	12.724	11.075	11.578	6.804	-3.890	-9.224	-16.321	-14.232	-14.473

Operationelle Risiken

Unter dem operationellen Risiko wird das Risiko von Verlusten verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen Ereignissen einschließlich des Rechtsrisikos eintreten können. Innerhalb dieser Risikokategorie werden sowohl interne Risikofaktoren – z.B. unbefugte Handlungen, Diebstahl und Betrug, Abwicklungs- und Prozessfehler, Geschäftsunterbrechungen oder Systemausfälle – als auch externe Risikofaktoren einschließlich von Sachschäden und Betrugsabsichten kontrolliert und gesteuert.

Die Risikoidentifikation, Überwachung, Messung und Risikoreduktion erfolgt bei den Mitgliedern des B-IPS. Bei ökonomischer Fehlentwicklung sind von ÖRE entsprechende Sanierungsmaßnahmen und Sanierungskonzepte vorzuschlagen, einzuleiten bzw. umzusetzen.

Aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung

in € Tausend	2014
Zinserträge	8.633.895
Zinsaufwendungen	-3.591.866
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	98.273
Zinsüberschuss	5.140.302
Risikovorsorge	-2.103.281
Zinsüberschuss nach Kreditrisikovorsorgen	3.037.021
Provisionserträge	2.677.931
Provisionsaufwendungen	-710.904
Provisionsüberschuss	1.967.028
Handelsergebnis	-14.123
Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten	-47.070
Finanzanlageergebnis	86.327
Sonstiges Finanzergebnis	25.133
Verwaltungsaufwendungen	-4.377.647
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-470.714
Jahresüberschuss/-fehlbetrag vor Steuern	180.823
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-501.410
Jahresüberschuss/-fehlbetrag nach Steuern	-320.588
Anteile anderer Gesellschafter am Gewinn	149.199
IPS-Ergebnis	-171.389

Aggregierte Bilanz

Aktiva in € Tausend	2014
Barreserve	9.500.604
Forderungen an Kreditinstitute	23.590.298
Forderungen an Kunden	135.406.277
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	-8.743.553
Handelsaktiva	12.953.592
Sonstiges Finanzumlaufvermögen	9.913.939
Finanzanlagen	27.841.434
Unternehmensanteile	3.244.553
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	2.508.722
Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	3.742.160
Laufende und latente Steueransprüche	604.355
Sonstige Aktiva	4.691.565
Aktiva gesamt	225.253.947

Passiva in € Tausend	2014
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	50.661.463
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	103.555.757
Verbriefte Verbindlichkeiten	34.870.050
Rückstellungen	1.720.343
Laufende und latente Steuerverbindlichkeiten	269.540
Handelspassiva	9.651.660
Sonstige Passiva	4.413.915
Nachrangkapital	6.902.343
Kapital der nicht beherrschenden Anteile	4.475.726
Eigenkapital	8.904.538
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	-171.389
Passiva gesamt	225.253.947

Zusammensetzung des B-IPS

Aufstellung der Antragsteller mit ihren CRR KI-Gruppen (bzw. Einzelinstitute) für die Erstkonsolidierungen gemäß CRR Artikel 49 Abs. 3 lit iv

IPS - Mitglieder	zugehörig zu CRR KI-Gruppe
Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, FN 58882t, Am Stadtpark 9, 1030 Wien	Raiffeisen Zentralbank KI-Gruppe
Raiffeisenlandesbank Burgenland und Revisionsverband eGen, FN 121834v, Raiffeisenstraße 1, 7000 Eisenstadt	n.a.
Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, FN 247579m, Europaplatz 1 a, 4020 Linz	Raiffeisenlandesbank Oberösterreich KI-Gruppe
Raiffeisenlandesbank Niederösterreich - Wien AG, FN 203160s, Friedrich-Wilhelm Raiffeisen-Platz 1, 1020 Wien	Raiffeisenlandesbank Niederösterreich KI-Gruppe
Raiffeisen-Holding Niederösterreich - Wien registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, FN 959750h Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Platz 1, 1020 Wien	Raiffeisenlandesbank Niederösterreich KI-Gruppe
Raiffeisenverband Salzburg eGen, FN 38219f, Schwarzstraße 1 3-15, 5020 Salzburg	Raiffeisenlandesbank Salzburg KI-Gruppe
Raiffeisen-Landesbank Tirol AG, FN 223624i, Adamgasse 1-7, 6020 Innsbruck	n.a.
Raiffeisenlandesbank Vorarlberg Waren- und Revisionsverband registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, FN 63128k, Rheinstraße 11, 6901 Bregenz	n.a.
Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG, FN 264700s, Kaiserfeldgasse 5, 8010 Graz	Raiffeisenlandesbank Steiermark KI-Gruppe
Raiffeisenlandesbank Kärnten - Rechenzentrum und Revisionsverband, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, FN 116094b, Raiffeisenplatz 1, 9020 Klagenfurt	Raiffeisenlandesbank Kärnten KI-Gruppe
Zveza Bank registrirana zadruha z omelenim jamsivom, Bank und Revisionsverband, FN 115073a, registrierte Ge-nossenschaft mit beschränkter Haftung, Paulitschgasse 5-7, 9010 Klagenfurt	n.a.
Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft mbH, FN 116309v, Wiedner Hauptstr. 94, 1050 Wien	Raiffeisen Zentralbank KI-Gruppe
Raiffeisen Wohnbaubank AG, FN 117299z, Am Stadtpark 9, 1030 Wien	Raiffeisen Zentralbank KI-Gruppe

CRR KI-Gruppen	B-IPS Mitglied
Raiffeisen Zentralbank KI-Gruppe	
Abade Immobilienleasing GmbH, 65760 Eschborn (DE)	
Abade Immobilienleasing GmbH & Co Projekt Lauterbach KG, 65760 Eschborn (DE)	
Abakus Immobilienleasing GmbH & Co Projekt Leese KG, 65760 Eschborn (DE)	
Abutilon Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Autohof Ibbenbüren KG, 65760 Eschborn (DE)	
Abura Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Seniorenhaus Boppard KG, 65760 Eschborn (DE)	
Achat Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Hochtaunus-Stift KG, 65760 Eschborn (DE)	
Acridin Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Marienfeld KG, 65760 Eschborn (DE)	
Adagium Immobilienleasing GmbH, 65760 Eschborn (DE)	
Adamas Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Pflegeheim Werdau KG, 65760 Eschborn (DE)	
Adessentia Immobilienleasing GmbH, 65760 Eschborn (DE)	
Adiantum Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Schillerhöhe Weimar KG, 65760 Eschborn (DE)	
Adipes Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Bremervörde KG, 60329 Frankfurt am Main (DE)	
Adular Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Rödermark KG, 65760 Eschborn (DE)	
Agamemnon Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Pflegeheim Freiberg KG, 65760 Eschborn (DE)	
AGITO Immobilien-Leasing GesmbH, Wien (AT)	
AKRISIOS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	
Austria Leasing GmbH & Co. KG Immobilienverwaltung CURA, 65760 Eschborn (DE)	
A-Leasing SpA, 31100 Treviso (IT)	
AMYKOS RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	
APUS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	
ARCANA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	
A-Real Estate S.p.A., 39100 Bozen (IT)	
LLC "ARES Nedvizhimost", 107023 Moscow (RU)	
Raiffeisen Property Holding International GmbH, 1060 Wien (AT)	
AURIGA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	
Austria Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH, 65760 Eschborn (DE)	
Austria Leasing GmbH & Co. Immobilienverwaltung Projekt Hannover KG, 65760 Eschborn (DE)	
Austria Leasing GmbH, 65760 Eschborn (DE)	
AL Taunussteiner Grundstücks-GmbH & Co KG, 65760 Eschborn (DE)	
Raiffeisen Bank Aval JSC, 01011 Kyiv (UA)	
BAILE Handels- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., 1030 Wien (AT)	
BUILDING BUSINESS CENTER DOO NOVI SAD, Novi Sad (RS)	
Bulevard Centar BBC Holding d.o.o., Beograd (RS)	
Burgenländische Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., 7000 Eisenstadt (AT)	
BL Syndikat Beteiligungs Gesellschaft m.b.H., 1030 Wien (AT)	
RL Thermal GmbH, 1190 Wien (AT)	
RL Thermal Beteiligungen GmbH, 1190 Wien (AT)	
RL Thermal GmbH & Co Liegenschaftsverwaltung KG, 1190 Wien (AT)	
BRL Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., 7001 Eisenstadt (AT)	
CADO Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	
Canopa Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	
Raiffeisen CEE Region Holding GmbH, 1030 Wien (AT)	
Raiffeisen Centrobank AG, 1010 Wien (AT)	
CERES Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	
CINOVA RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	
Raiffeisen CIS Region Holding GmbH, 1030 Wien (AT)	
COL Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	
CUPIDO Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	
CURO Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	
DANAE Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	
DAV Holding Ltd., Budapest (HU)	

Doplnková dôchodková spoločnosť Tatra banky, a.s., Bratislava (SK)
DOROS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)
Eastern European Invest GmbH, 1030 Wien (AT)
Eastern European Invest Holding GmbH, 1030 Wien (AT)
EPPA Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)
ETEOKLES Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)
FEBRIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)
Floreasca City Center Verwaltung Kft., 1134 Budapest (HU)
RBI IB Beteiligungs GmbH, 1030 Wien (AT)
GENO Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)
Golden Rainbow International Limited, Tortola (VG)
HABITO Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)
HERMIONE Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)
Hietzinger-Spitz Projektentwicklung GmbH, Wien (AT)
IGNIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)
Infrastruktur Heilbad Sauerbrunn GmbH, Wien (AT)
Infrastruktur Heilbad Sauerbrunn RBI-Leasing GmbH & Co.KG., 7202 Bad Sauerbrunn (AT)
JUNO Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)
Kepler Fonds 777, (AT)
Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, 1010 Wien (AT)
Kathrein & Co. Vermögensverwaltung GmbH, 1010 Wien (AT)
Kiinteistö Oy Rovaniemen tietotekniikkakeskus, 00100 Helsinki (FI)
Kiinteistö Oy Seinäjoen Joupinkatu 1, 00271 Helsinki (FI)
Konevova s.r.o., 13045 Praha 3 - Zizkov (CZ)
Laomedon Immobilienleasing GmbH, 65760 Eschborn (DE)
Lentia Immobilienleasing GmbH & Co. Albert-Osswald-Haus KG, 65760 Eschborn (DE)
LIBRA Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)
LOTA Handels- und Beteiligungs-GmbH, 1030 Wien (AT)
Lexus Services Holding GmbH, 1030 Wien (AT)
LT Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)
LYRA Raiffeisen Immobilien Leasing GmbH, Wien (AT)
LYSSA Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)
Hotel Maria Prag Besitz s.r.o., 140 78 Praha 4 (CZ)
MIRA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)
MOBIX Raiffeisen-Mobilien-Leasing AG, Wien (AT)
MOBIX Vermögensverwaltungsges.m.b.H., Wien (AT)
RL-Mörby AB, (SE)
Niederösterreichische Landes-Landwirtschaftskammer Errichtungs- und Betriebsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)
RL-Nordic OY, 00100 Helsinki (FI)
Orestes Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Wiesbaden KG, 65760 Eschborn (DE)
Ostarrichi Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Langenbach KG, 65760 Eschborn (DE)
PALADIOS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)
PARO Raiffeisen Immobilien Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)
Park City real estate Holding d.o.o., Novi Sad (RS)
PELIAS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)
PERSES RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)
PLANA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)
Pointon Investment Limited, Limassol (CY)
Priamos Immobilienleasing GmbH, 65760 Eschborn (DE)
FCC Office Building SRL, Bucharest (RO)
Propria Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)
Raiffeisen Real Estate Fund, (HU)
Raiffeisen-Gemeindegebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)
Raiffeisen-Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)
RALT Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H., 1030 Wien (AT)
RALT Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H. & Co. KG, 1030 Wien (AT)
S.A.I. Raiffeisen Asset Management S.A., Bucharest (RO)
RAN elf Raiffeisen-Anlagenvermietung Ges.m.b.H., Wien (AT)

RAN zehn Raiffeisen-Anlagenvermietung Ges.m.b.H., Wien (AT)	
RAN vierzehn Raiffeisen-Anlagevermietung GmbH, Wien (AT)	
Raiffeisen-Anlagenvermietung Ges.m.b.H., Wien (AT)	
Raiffeisen Bank Sh.a., Tirane (AL)	
Raiffeisenbank (Bulgaria) EAD, Sofia (BG)	
Raiffeisen Bank d.d. Bosna i Hercegovina, Sarajevo (BA)	
Priorbank JSC, 220002 Minsk (BY)	
RBI Beijing Branch, Beijing (CN)	
RBI Xiamen Branch, Xiamen (CN)	
Raiffeisenbank a.s., 140 78 Praha 4 (CZ)	
RBI Deutschland Branch, (DE)	
RBI Hong Kong, Hong Kong (CN)	
Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb (HR)	
Raiffeisen Bank Zrt., Budapest (HU)	
Raiffeisen-RBHU Holding GmbH, 1030 Wien (AT)	
Raiffeisen Bank International AG, 1030 Wien (AT)	
RB International Investment Asia Limited, Labuan F.T. (MY)	
RBI LEA Beteiligungs GmbH, 1030 Wien (AT)	
RBI Leasing GmbH, Wien (AT)	
RBI LGG Holding GmbH, 1030 Wien (AT)	
RB International Markets (USA) LLC, New York, NY 10036 (US)	
Raiffeisen Bank Kosovo J.S.C., Pristina (KO)	
Raiffeisen Burgenland Leasing GmbH, Wien (AT)	
RBI Labuan Branch, Labuan (MY)	
Raiffeisen Bank Polska S.A., Warszawa (PL)	
Raiffeisen Bank S.A., Bucharest (RO)	
Raiffeisen banka a.d., Novi Beograd (RS)	
ZAO Raiffeisenbank, Moscow (RU)	
RBI Singapore Branch, Singapore (SG)	
Raiffeisen Banka d.d., Maribor (SI)	
Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., 1050 Wien (AT)	B-IPS Mitglied
Raiffeisen stambena stedionica d.d., Zagreb (HR)	
Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH, 1050 Wien (AT)	
Raiffeisen Banca pentru Locuinte S.A., Bucharest (RO)	
RBI London Branch, (GB)	
RB International Finance (USA) LLC, NY 10036 New York (US)	
Raiffeisen Mandatory and Voluntary Pension Funds Management Company Plc., 10 000 Zagreb (HR)	
Baumgartner Höhe RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	
REC Alpha LLC, Kiev 01011 (UA)	
REMUS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	
Rent Impex, s.r.o., 851 01 Bratislava (SK)	
Raiffeisen Factor Bank AG, 1020 Wien (AT)	
RB International Finance (Hong Kong) Ltd., Hong Kong (HK)	
RZB Finance (Jersey) III Ltd, St. Helier JE4 8PX (JE)	
RZB Finance (Jersey) IV Limited, St. Helier JE4 8PX (JE)	
RIEEF Headoffice, Amsterdam (NL), (NL)	
RIEEF Romanian Portfolio, (RO)	
RIEEF Serbian Portfolio, (RS)	
Raiffeisen Investment Advisory GmbH, 1015 Wien (AT)	
Raiffeisen Insurance Agency Sp.z.o.o, 00-078 Warsaw (PL)	
Raiffeisen International Beteiligungs GmbH, 1030 Wien (AT)	
ZUNO BANK AG CZ, (CZ)	
ZUNO BANK AG, Wien (AT)	
ZUNO BANK AG SK, (SK)	
Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	
Raiffeisen International Liegenschaftsbesitz GmbH, 1060 Wien (AT)	
Raiffeisen International Invest Holding GmbH, 1030 Wien (AT)	
RIL IV Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	

RIL VII Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)
RIL XIII Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)
RIL XIV Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., 1020 Wien (AT)
Raiffeisen-Invest-Gesellschaft m.b.H., 1030 Wien (AT)
RIRE Holding GmbH, 1060 Wien (AT)
Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, 1010 Wien (AT)
Raiffeisen-Leasing Aircraft Finance GmbH, Wien (AT)
Raiffeisen Leasing sh.a., Tirane (AL)
RL-Pro Auxo Sp.z.o.o., 00838 Warschau (PL)
RL Anlagenvermietung Gesellschaft m.b.H., 65760 Eschborn (DE)
Raiffeisen-Leasing Bank Aktiengesellschaft, Wien (AT)
R-Landesbanken-Beteiligung GmbH, 1020 Wien (AT)
Raiffeisen-Leasing Beteiligung GesmbH, Wien (AT)
Raiffeisen Leasing Bulgaria OOD, 1504 Sofia (BG)
Raiffeisen Leasing d.o.o. Sarajevo, 71000 Sarajevo (BA)
Raiffeisen-Landesbanken-Holding GmbH, 1020 Wien (AT)
JLLC "Raiffeisen-leasing", 220002 Minsk, Belarus (BY)
Raiffeisen-Leasing, s.r.o., 140 78 Praha 4 (CZ)
RL-Epsilon Holding GmbH, Wien (AT)
RL-Epsilon Sp.z.o.o., 00-838Warschau (PL)
RL Flussschiffahrts GmbH & Co KG, 1020 Wien (AT)
RL-Gamma Holding GmbH, Wien (AT)
RL Gamma d.o.o., 10002 Zagreb (HR)
Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)
RL Grundstückverwaltung Klagenfurt-Süd GmbH, Wien (AT)
R.L.H. Holding GmbH, 1030 Wien (AT)
RL Hotel Palace Wien Besitz GmbH, Wien (AT)
Raiffeisen-Leasing d.o.o., 10 000 Zagreb (HR)
Raiffeisen Lizing Zrt., Budapest (HU)
Raiffeisen-Leasing International Gesellschaft m.b.H., 1030 Wien (AT)
RLI Holding Gesellschaft m.b.H., 1030 Wien (AT)
Raiffeisen-Leasing Immobilienmanagement Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)
RL-Jota Holding GmbH, Wien (AT)
RL-Jota Sp.z o.o., 00-838 Warschau (PL)
Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H. & Co KG, Wien (AT)
Raiffeisen Leasing Kosovo LLC, 10000 Pristina, Kosovo (KO)
Raiffeisen-Leasing Liegenschaftsverwaltung Kraußstraße Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)
TOO Raiffeisen Leasing Kazakhstan, 050008 Almaty (KZ)
Raiffeisen-Leasing Lithuania UAB, Vilnius, Litauen (LT)
RL-Nordic AB, 114 32 Stockholm (SE)
RL-Nordic Finans AB, 114 32 Stockholm (SE)
Raiffeisen-Leasing Polska S.A., 00-838 Warsaw (PL)
Compass Variety Funding Limited, Dublin 2 (IE)
Raiffeisen Leasing-Projektfinanzierung Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)
Raiffeisen-Leasing Real Estate, s.r.o., Praha 4 (CZ)
Lucius Property, s.r.o., Praha 4 (CZ)
RL Retail Holding GmbH, Wien (AT)
Raiffeisen FinCorp, s.r.o., Praha 4 (CZ)
RLRE Ypsilon Property, s.r.o., Prague 4 (CZ)
Raiffeisen Leasing IFN S.A., Bukarest (RO)
Raiffeisen Leasing d.o.o., Belgrad (RS)
OOO Raiffeisen-Leasing, 109004 Moskau (RU)
Raiffeisen Leasing d.o.o., 1000 Ljubljana (SI)
Limited Liability Company Raiffeisen Leasing Aval, 04073 Kiev (UA)
CJSC Mortgage Agent Raiffeisen 01, Moscow (RU)
Closed Joint Stock Company Non-state pension fund Raiffeisen, 119121, Moscow (RU)
Roof Russia DPR Finance Company S.A., Luxembourg (LU)
RAIFFEISEN-LEASING REAL ESTATE Sp. z o.o., 00-838 Warsaw (PL)
ROOF Poland Leasing 2014 Ltd, Dublin (IE)
S.C. PLUSFINANCE ESTATE 1 S.R.L., 020331 Bucharest (RO)

Regional Card Processing Center s.r.o., 81106 Bratislava (SK)	
Raiffeisen Pension Insurance d.d., 10 000 Zagreb (HR)	
Raiffeisen Property Lizing Zrt, 1054 Budapest (HU)	
Raiffeisen Factoring Ltd., 10 000 Zagreb (HR)	
Raiffeisen RS Beteiligungs GmbH, 1030 Wien (AT)	
"Raiffeisen-Rent" Vermögensberatung und Treuhand Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	
Raiffeisen Rent DOO, 11070 Belgrad (RS)	
RSC Raiffeisen Service Center GmbH, 1190 Wien (AT)	
Raiffeisen consulting d.o.o., Zagreb (HR)	
Raiffeisen stavebni sporitelna, a.s., 13045 Praha 3 - Zizkov (CZ)	
RBI KI Beteiligungs GmbH, 1030 Wien (AT)	
RUBRA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	
FWR Russia Funding B.V., Amsterdam (NL)	
Raiffeisen Wohnbaubank Aktiengesellschaft, 1030 Wien (AT)	B-IPS Mitglied
Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft, 1030 Wien (AT)	B-IPS Mitglied
RZB - BLS Holding GmbH, 1030 Wien (AT)	
RZB Invest Holding GmbH, 1030 Wien (AT)	
RBI Private Equity Holding GmbH, Wien (AT)	
RBI PE Handels- und Beteiligungs GmbH, 1030 Wien (AT)	
RZB Sektorbeteiligung GmbH, 1030 Wien (AT)	
RZB Versicherungsbeteiligung GmbH, 1030 Wien (AT)	
SALVELINUS Handels- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., 1030 Wien (AT)	
SAMARA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	
DAV-PROPERTY Kft., 1012 Budapest (HU)	
Harmadik Vagyonkezelő Kft., Budapest (HU)	
SCTJ Ingatlanfejlesztő és Ingatlanhasznosító Kft., Budapest (HU)	
Raiffeisen Ingatlan Vagyonkezelő Kft., Budapest (HU)	
Raiffeisen SEE Region Holding GmbH, 1030 Wien (AT)	
SF Hotelerrichtungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	
SINIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	
SOLAR II Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	
SOLIDA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	
SPICA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	
'S-SPV' d.o.o. Sarajevo, 71000 Sarajevo (BA)	
Styria Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Ahlen KG, 65760 Eschborn (DE)	
Am Hafen" Sutterlüty GmbH & Co KG, Wien (AT)	
Tatra Asset Management, sprá. spol., a.s., Bratislava (SK)	
TAURUS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., 1030 Wien (AT)	
Tatra banka, a.s., Bratislava I (SK)	
Tatra Residence, s. r. o., Bratislava (SK)	
ELIOT, a.s., Bratislava (SK)	
THETIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	
THYMO Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	
Tatra-Leasing, s.r.o., Bratislava (SK)	
TRITON Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	
UNIQA Immobilien-Projektterrichtungs GmbH, Wien (AT)	
Unterinntaler Raiffeisen-Leasing GmbH & Co KG, Wien (AT)	
Ukrainian Processing Center PJSC, 04073 Kyiv (UA)	
URSA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	
VERUS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	
Vindalo Properties Limited, Limassol (CY)	
Vindobona Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Autohaus KG, 65760 Eschborn (DE)	
WEGA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	
Wiedner Hauptstraße 94 Errichtungs- und Betriebs GmbH, Wien (AT)	
Raiffeisenlandesbank Oberösterreich KI-Gruppe	
activ factoring AG	
Am Ölberg Liegenschaftsverwertungs GmbH	
bankdirekt.at AG	
Bauen und Wohnen Bet GmbH	

BHG Beteiligungsmanagement und Holding GmbH
DAILY Tiefkühlhaus ErrichtungsgmbH
EFIS, s.r.o.
Eurolease Finance d.o.o.
EUROPASTEG Errichtungs- und Betriebs GmbH
Eurotherme Bad Schallerbach Hotelerrichtungsgesellschaft m.b.H.
Gesellschaft zur Förderung des Wohnbaus GmbH
Grundstücksverwaltung Steyr GmbH
Grundstücksverwaltung Villach-Süd GmbH
HYPO Beteiligung Gesellschaft m.b.H.
HYPO Grund- und Bau-Leasing Gesellschaft m.b.H.
Hypo Holding GmbH
HYPO IMPULS Immobilien Leasing GmbH
Hypo Impuls Immobilien Rif GmbH
HYPO IMPULS Mobilien Leasing GmbH
HYPO IMPULS Vital Leasing GmbH
HYPO Liegenschaftsverwertungs Gesellschaft m.b.H.
HYPO Salzburg IMPULS Leasing GmbH
HYPO-IMPULS Immobilien GmbH
HYPO-IMPULS-Alpha Immobilien GmbH
IB-RT IMMOBILIEN Beteiligungs Real-Treuhand Portfoliomanagement GmbH & Co KG
IL1 Raiffeisen-IMPULS- Mobilienleasing Gesellschaft m.b.H.
IMPULS - Praha spol. s r.o.
IMPULS sterboholý s.r.o.
IMPULS Bilina s.r.o.
IMPULS Delta d.o.o.
IMPULS Leasing d.o.o.
IMPULS Leasing Polska Sp. z o.o.
IMPULS Leasing Romania
IMPULS Leasing Slovakia s.r.o
IMPULS Malvazinky s.r.o.
IMPULS Milovice s.r.o.
IMPULS Modletice
IMPULS Plzen s.r.o.
IMPULS Rakovník s.r.o.
Impuls Teplice s.r.o.
IMPULS Trnavka
IMPULS-Immobilien GmbH & Co Objekt Eitorf
IMPULS-Immobilien GmbH & Co Objekt Gilching KG
IMPULS-Immobilien GmbH & Co. Objekt Gersthofen KG
IMPULS-Immobilien GmbH & Co. Objekt Laupheim KG
IMPULS-Immobilien GmbH & Co. Objekt Offingen KG
IMPULS-Immobilien GmbH & Co. Objekt Karlstein KG
IMPULS-Leasing GmbH & Co. Objekt Hengersberg KG
IMPULS-Leasing GmbH & Co. Objekt Schkeuditz KG
IMPULS-LEASING International GmbH
IMPULS-Leasing Services SRL
IMPULS-Leasing-Austria s.r.o.
IMPULS-Leasing-Real-Estate s.r.o.
INCOM Private Equity GmbH
INPROX CSP Kft.
INPROX Plzeň, s.r.o.
INPROX Tábor, s.r.o.
Invest Holding GmbH
IVH Unternehmensbeteiligungs GmbH & Co OG
KEPLER-FONDS Kapitalanlagegesellschaft m.b.H.
LABA-IMPULS-Gebäudeleasing Gesellschaft m.b.H.
LABA-IMPULS-Gebäudeleasing GmbH & Co KG
LABA-IMPULS-IT-Leasing GmbH & Co KG

LKW-Zentrum Radfeld Liegenschaftsverwaltung GmbH	
O.Ö. Kommunalgebäude-Leasing Gesellschaft m.b.H.	
O.Ö. Kommunal-Immobilienleasing GmbH	
Oberösterreichische Kfz-Leasing Gesellschaft m.b.H.	
Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft	
OÖ HYPO-IMPULS Leasing GmbH	
PRIVAT BANK AG der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich	
Privatstiftung der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft	
Projekt Blumau Tower Immobilien GmbH	
Projekt Eberstallzell Immobilien GmbH	
Raiffeisen Impuls Projekt Lehen GmbH	
Raiffeisenbankengruppe OÖ Verbund eGenBH	
Raiffeisen-IMPULS Finance & Lease GmbH	
Raiffeisen-IMPULS- Fuhrparkmanagement GmbH	
Raiffeisen-IMPULS Fuhrparkmanagement GmbH & Co KG	
Raiffeisen-IMPULS- Immobilien GmbH	
Raiffeisen-IMPULS KFZ u. Mobilien GmbH	
Raiffeisen-IMPULS- Mobilienleasing GmbH	
Raiffeisen-IMPULS- Realitätenleasing GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Alpha Immobilien GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Bautenleasing Ges. m.b.H	
Raiffeisen-IMPULS-Beta Immobilien GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Delta Immobilien GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Delta Mobilienleasing GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Epsilon Immobilien GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Eta Immobilien GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Gamma Immobilien GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Immob.GmbH&Co Obj. Hilpoltstein KG	
Raiffeisen-IMPULS-Immobilien GmbH & Co. Objekt Gunzenhausen KG	
Raiffeisen-IMPULS-Immobilienleasing GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Immobilienvermögensverwaltung GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Jota Immobilien GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Leasing Schönau GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Leasing Gesellschaft m.b.H.	
Raiffeisen-IMPULS-Leasing GmbH & Co KG	
Raiffeisen-IMPULS-Liegenschaftsverwaltung Gesellschaft m.b.H.	
Raiffeisen-IMPULS-My Immobilien GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Projekt Atzbach GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Projekt Gänserndorf GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Projekt Graz-Webling GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Projekt Ort GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Projekt Straßwalchen GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Projekt Traunviertel GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Projekt Urstein GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Projekt Wien-Nord GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Rankweil Immobilien GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Rho Immobilien GmbH	
Raiffeisen-IMPULS-Rho Immobilien GmbH & Co KG	
Raiffeisen-IMPULS-Vermietungsgesellschaft m.b.H.	
Raiffeisen-IMPULS-Zeta Immobilien GmbH	
Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft	B-IPS Mitglied
RB Prag Beteiligungs GmbH	
RealRendite Immobilien GmbH	
REAL-TREUHAND Management GmbH	
RLB Holding reg. Gen.m.b.H	
RLB OÖ Alu Invest GmbH	
RLB OÖ Sektorholding GmbH	
RLB OÖ Unternehmensbeteiligungs GmbH	
RLB OÖ Unternehmensholding GmbH	

SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT	
SANCTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Germering KG	
SEKUNDA-společnost pro správu nemovitost	
vivo Leasing GmbH & Co KG	
WDL Infrastruktur GmbH	
Raiffeisenlandesbank Niederösterreich KI-Gruppe	
"BORTA" Holding GmbH	
"SEPTO" Beteiligungs GmbH	
Die Niederösterreichische Leasing Gesellschaft m.b.H. & Co. KG	
NÖ Bürgschaften und Beteiligungen GmbH	
NÖ Raiffeisen Kommunalprojekte Service Gesellschaft m.b.H.	
NÖ Raiffeisen Kommunalprojekte Service Gesellschaft m.b.H. & NÖ.HYPO Leasinggesellschaft m.b.H. - Strahlentherapie OG	
NÖ Raiffeisen Kommunalservice Holding GmbH	
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeimmobilienservice GmbH	
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H.	
Raiffeisen Holding NÖ-Wien	B-IPS Mitglied
Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG	B-IPS Mitglied
Raiffeisen-Leasing Österreich GmbH	
RH Finanzbeteiligungs GmbH	
RLB NÖ Wien Leasingbeteiligungs GmbH	
RLB NÖ-Wien Holding GmbH	
RLB NÖ-Wien Sektorbeteiligungs GmbH	
Raiffeisenlandesbank Salzburg KI Gruppe	
Agroconsult Austria Gesellschaft m.b.H.	
BVG Liegenschaftsverwaltung GmbH	
Fremdenverkehrs GmbH	
Industriebeteiligung GmbH	
Kienberg Panorama Errichtungs GmbH	
PMN Beteiligungs- und Finanzber. GmbH	
Raiffeisenverband Salzburg reg.Gen.m.b.H.	B-IPS Mitglied
SABAG Garagen Projektterrichtungs- und Vermietungs GmbH	
SABAG Projektterrichtungs- und Vermietungs GmbH	
SABAG Schulen Projektterrichtungs- und Vermietungs GmbH	
Tinca-Beteiligungs GmbH	
Unternehmensbeteiligung GmbH	
Vis Vitalis Lizenz- und Handels GmbH	
WECO FH Holztechnikum GmbH	
WECO Reha Leasing GmbH	
WEST CONSULT Leasing GmbH	
WEST CONSULT Objektterrichtungs - und Verwaltungs II GmbH	
WEST CONSULT Objektterrichtungs - und Verwaltungs III GmbH	
WEST CONSULT Objektterrichtungs - und Verwaltungs IV GmbH	
WEST CONSULT Revitalisierung GesmbH, Salzburg	
Raiffeisenlandesbank Steiermark KI-Gruppe	
Belua - Thermengolf Bet.	
Columbia Beteiligungs GmbH	
DÖHAU Liegenschaftsges.m.b.H	
FUTURA LHB-RLB Leasing Holding GmbH	
Grundstücksverwaltung Salzburg-Mitte GmbH	
Hotel Steirerhof Graz GmbH	
HSE Beteiligungs GmbH	
HST Beteiligungs GmbH	
HYPO Leasing Steiermark d.o.o.	
HYPO Steiermark Beteiligungen GmbH	
HYPO Steiermark Immobilienleasing GmbH	
HYPO Steiermark Kommunal- und Gebäudeleasing GmbH	
HYPO Steiermark Leasing – Holding GmbH	
HYPO Steiermark PUNTI Grundstücksverwaltung GmbH	
IVG	

Lamina	
Landes-Hypothekenbank Steiermark Aktiengesellschaft	
MERULA Beteiligungs GmbH	
NOVA HYPO Leasing GmbH	
NWB Beteiligungs GmbH	
Optima Vermögensverwaltungs- und Beteiligungs GmbH	
Raiffeisen Informatik Center Steiermark GmbH	
Raiffeisen Rechenzentrum GmbH	
Raiffeisen Rechenzentrum Holding GmbH	
Raiffeisenbank-Zagreb Beteiligungs GmbH	
Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG	B-IPS Mitglied
RATIO Beteiligungsverwaltungs GmbH	
RLB - Beteiligungs- und Treuhandges.m.b.H.	
RLB-HYPO Group Leasing Steiermark GmbH	
RLB-Stmk Holding eGen	
RLB-Stmk Management GmbH	
RLB-Stmk Verbund eGen	
RSAL Raiffeisen Steiermark Anlagenleasing GmbH	
RSIL Immobilienleasing Raiffeisen Steiermark GmbH	
SOLUTIO Beteiligungsverwaltungs GmbH	
Steirische RIL	
Raiffeisenlandesbank Kärnten KI Gruppe	
Raiffeisen Bezirksbank Klagenfurt reg.Gen.m.b.H.	
Raiffeisenlandesbank Kärnten	B-IPS Mitglied
RBK GmbH & CO OG	
RLB Beteiligungsmanagement GmbH	
RLB Unternehmensbeteiligungs GmbH	
RLB Verwaltungs GmbH	
RS Beteiligungs GmbH	

Institutsbezogenes Sicherungssystem auf Bundesebene (B-IPS)

Wien, am 25. Juni 2015

Als Vertreter des B-IPS

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Rothensteiner', written in a cursive style.

Dr. Walter Rothensteiner

Vorsitzender des Risikorats

Wien, am 25. Juni 2015

Der Vorstand der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG



Dr. Walter Rothensteiner



Dr. Johannes Schuster



Dr. Johann Strobl

Glossar

Ausfallrisiko – Gefahr, dass ein Vertragspartner bei einem Geschäft über ein Finanzinstrument seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann und dadurch bei dem anderen Partner finanzielle Verluste verursacht.

Basel II – Gesamtheit der vom „Baseler Ausschuss“, einem internationalen Forum zur Verbesserung der Bankenaufsicht, vorgeschlagenen Eigenkapitalvorschriften. Ziele sind, wie schon bei Basel I, die Sicherung einer angemessenen Eigenkapitalausstattung von Kreditinstituten sowie die Schaffung einheitlicher Wettbewerbsbedingungen sowohl für die Kreditvergabe als auch für den Kredithandel. Hauptziel der Änderungen von Basel II gegenüber Basel I ist es, die staatlich vorgegebenen Eigenkapitalanforderungen stärker am tatsächlichen Risiko auszurichten und damit dem von den Instituten intern ermittelten Eigenkapitalbedarf anzunähern.

Basel III – Um Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Finanz- und Wirtschaftskrise erweitertes Basel-II-Regelwerk mit dem Ziel, eingegangene Risiken besser auf die Risikotragfähigkeit einer Bank (abgeleitet aus Höhe und Qualität des Eigenkapitals) abzustimmen.

Betriebsergebnis – Besteht aus Betriebserträgen abzüglich Verwaltungsaufwendungen.

Betriebserträge – Bestehen aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis sowie sonstigem betrieblichem Ergebnis (abzüglich Bankenabgaben, Wertminderungen von Firmenwerten und in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesener Einmaleffekte).

B-IPS – Bundes-Institutional Protection Scheme (Bundes-Institutsbezogenes Sicherungssystem)

BWG – Bankwesengesetz. Österreichisches Bundesgesetz über das Bankwesen.

CE – Central Europe (Zentraleuropa). Das Segment Zentraleuropa der RBI umfasst Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn.

CEE – Central and Eastern Europe (Zentral- und Osteuropa).

CEE Sonstige – Das Segment CEE Sonstige der RBI umfasst Belarus, Kasachstan und die Ukraine.

Common Equity Tier 1 Ratio – Common Equity Tier 1 in Relation zu den risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) gemäß CRR/CRD IV-Richtlinie.

Cost/Income Ratio – Verwaltungsaufwendungen in Relation zu den Betriebserträgen.

Eigenmittelquote – Die gesamten Eigenmittel in Relation zu den risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt).

Einzelwertberichtigungen – Für die bei Kunden- und Bankforderungen vorhandenen Bonitätsrisiken werden nach konzernerneinheitlichen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des voraussichtlichen Ausfalls gebildet. Eine Ausfallge-

fährdung wird dann angenommen, wenn – unter Berücksichtigung der Sicherheiten – die diskontierten voraussichtlichen Rückzahlungsbeträge und Zinszahlungen unter dem Buchwert der Forderung liegen.

Funding – Sämtliche der Refinanzierung dienenden Maßnahmen von Banken.

Handelsbuch – Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen, die von einem Kreditinstitut zum Zweck des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden.

IAS – International Accounting Standards. Rechnungslegungsvorschriften, die vom IASB (International Accounting Standards Board) mit dem Ziel herausgegeben wurden, eine transparente und vergleichbare Rechnungslegung auf internationaler Basis zu schaffen.

IFRS – International Financial Reporting Standards. Rechnungslegungsvorschriften, die vom IASB (International Accounting Standards Board) mit dem Ziel herausgegeben wurden, eine transparente und vergleichbare Rechnungslegung auf internationaler Basis zu schaffen.

IRB – Internal Ratings Based. Ansatz zur Bewertung der Eigenkapitalunterlegung von Kreditrisiken gemäß Basel III. Mit der Anwendung des IRB-Ansatzes wird die Eigenmittelunterlegung nach interner Bonitätseinschätzung festgelegt. Dabei werden kreditnehmer- und kreditstufenspezifische Merkmale berücksichtigt. Die Ratings müssen von einer unabhängigen Instanz vorgenommen werden.

Kreditobligo – Umfasst alle bilanziellen (Forderungen, Schuldverschreibungen), außerbilanziellen (Garantien, Kreditlinien) Obligi und gewichteter nicht ausgenutzter zugesagter Rahmen.

Kreditrisiko – Siehe Ausfallrisiko.

Länderrisiko – Umfasst das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko bzw. das politische Risiko.

LASE - Landeseinlagensicherung

Liquiditätsrisiko – Risiko, dass ein Kreditinstitut seine gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig bzw. nicht zeitgerecht erfüllen kann. Es entsteht durch die Gefahr, dass z.B. die Refinanzierung nur zu sehr unvorteilhaften Konditionen erfolgen kann oder gänzlich unmöglich ist.

Li-Verbund – Liquiditätsverbund dem sich die Raiffeisenlandeszentralen und die sonstige angeschlossenen Kreditinstitut der RZB AG als Zentralinstitut angeschlossen haben um zur Sicherung der Finanzmarktstabilität des gemeinsamen Liquiditätsausgleiches teilzunehmen

Li-Gremium – Liquiditätsgremium genehmigt den Bundes-Liquiditätsnotfallplan und Maßnahmen, welche zu ergreifen sind

L-IPS - Landes Institutional Protection Scheme (Landes-Institutsbezogenes Sicherungssystem)

LKGG – Landes-Kundengarantiegemeinschaft

Loan/Deposit Ratio – Forderungen an Kunden in Relation zu Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

LRV - Landesrevisionsverbände

Marktrisiko – Risiko, dass sich der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Schwankungen der Marktpreise verändert. Dabei können solche Fluktuationen auf Faktoren zurückzuführen sein, die für ein individuelles Wertpapier oder seinen Emittenten charakteristisch sind, oder auch auf solche, die alle im Markt gehandelten Wertpapiere betreffen.

NPL – Non-performing Loans (notleidende Kredite). Ein Kredit wird als notleidend eingestuft, wenn davon auszugehen ist, dass der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Bank nicht in voller Höhe nachkommen wird oder mit einer wesentlichen Forderung der Bank mindestens 90 Tage in Verzug ist (die ÖRE hat dafür zwölf Indikatoren definiert).

NPL Coverage Ratio – Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden im Verhältnis zu den notleidenden Forderungen an Kunden.

NPL Ratio – Notleidende Kredite in Relation zu den gesamten Forderungen an Kunden.

Operationelles Risiko – Risiko von unerwarteten Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen einschließlich des Rechtsrisikos eintreten können.

ÖRE – Österreichische Raiffeisen-Einlagensicherung eGen

ÖRE-GL – Geschäftsleiter der ÖRE

ÖRV – Österreichischer Raiffeisenverband

Portfolio-Wertberichtigungen – Wertberichtigungen auf Kreditportfolios mit gleichem Risikoprofil, die unter bestimmten Voraussetzungen gebildet werden.

Raiffeisen Zentralbank – Raiffeisen Zentralbank Österreich AG.

RBI – Konzern der Raiffeisen Bank International AG.

RBn - Raiffeisenbank

Risikogewichtete Aktiva (RWA Kreditrisiko) – Diese Bemessungsgrundlage ist die Summe der gewichteten Forderungswerte und umfasst Forderungen in Form von Aktivposten, außerbilanziellen Geschäften sowie das CVA-Risiko.

Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt) – Risikoaktiva (Kreditrisiko, CVA-Risiko) inklusive Markt- und operationellem Risiko.

Risikorat – Entscheidungsgremium im B-IPS

RKÖ – Raiffeisen Kundengarantiegemeinschaft

RLB - Raiffeisenlandesbank

ROE – Return on Equity (Eigenkapitalrentabilität). Ergebnis vor Steuern abzüglich Risikovorsorge im Verhältnis zum Kernkapital.

RZB – Konzern der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG.

RZB-Kreditinstitutsgruppe – Die RZB-Kreditinstitutsgruppe besteht gemäß § 30 BWG aus allen Kreditinstituten, Finanzinstituten, Wertpapierfirmen und Unternehmen mit banknahen Dienstleistungen, an denen die RZB als übergeordnetes Institut mittelbar oder unmittelbar mehrheitlich beteiligt ist oder auf die sie einen beherrschenden Einfluss ausübt.

SEE – Southeastern Europe (Südosteuropa). Das Segment Südosteuropa der RBI umfasst Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, den Kosovo, Kroatien, Rumänien (inkl. Moldau) und Serbien.

Soli – Solidaritätsvereine. Diese auf Bundesländerebene bestehenden Vereine unterstützen auf freiwilliger Basis eventuell in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Mitglieds-Raiffeisenbanken.

(Credit) Spread – Renditedifferenz zwischen Anleihen bester Bonität (i. d. R. Staatsanleihen) und Anleihen gleicher Restlaufzeiten, aber geringerer Schuldnerqualität.

SRK – Sektorrisikokomitee; das SRK ist satzungsmässiges Organ der ÖRE

Stresstest – Mit Stresstests wird versucht, extreme Schwankungen der Marktparameter zu simulieren, weil diese in der Regel über VaR-Modelle nicht adäquat berücksichtigt werden (VaR-Werte prognostizieren maximale Verluste unter normalen Marktbedingungen).

Tier 1 Ratio – Tier-1-Kapital in Relation zu den risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt).

Überdeckungsquote (Eigenmittel) – Eigenmittelüberdeckung in Relation zum gesamten Eigenmittelerfordernis.

UGB – Unternehmensgesetzbuch. Österreichisches Bundesgesetz über besondere zivilrechtliche Vorschriften für Unternehmen.

VaR – Value at Risk. Potenzieller Verlust, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent innerhalb der Haltdauer im betrachteten Portfolio nicht überschritten wird.